

Golfplatz in Winnerod

**Beispiel für Machtmißbrauch,
Lügen und Angstverhalten**

**Dezember 1995
AutorInnen: AG "Ökohof statt Golfplatz"**



Golfplatz in Winnerod

Wenn geldgeile Großgrundbesitzer, rhetorisch begabte Manager und machtverwöhnte Kungel-Politiker auf provinzielle Ortsbeiräte und Kirchenvorstände treffen, entsteht ... ein Golfplatz.

Alternativen wurden geblockt, die Menschen in der Umgebung übel getäuscht und belogen.

Ob es noch eine Chance gibt, das Großprojekt zu verhindern?

Vorwort

Die Broschüre über den Weg von der Idee bis zum ausführbaren Plan eines 108-Hektar- und 27-Loch-Golfplatzes rund um den kleinen Ort Winnerod ist die zweite Schrift der Reihe über die Politik in der Gemeinde Reiskirchen. Erneut bleibt wenig Gutes und Hoffnungsvolles an diesem Ort: Politische Filzkreise ziehen die Fäden, täuschen und belügen nicht nur die BürgerInnen, sondern sogar auch die ParlamentarierInnen, Verwaltungsangestellten sowie direkt Betroffene. Nach Jahren des Widerstandes gegen den Golfplatz haben die meisten der Betroffenen (Winneröder BürgerInnen, Kirche usw.) denn auch aufgegeben - nicht weil der Golfplatz plötzlich ihre Zustimmung findet, sondern weil die Art und Weise, wie er von oben und mit allen Tricks durchgesetzt wurde, sie frustriert und zermürbt hat. Das, so muß angesichts der Vorgänge unterstellt werden, war von den Golfplatzbefürwortern auch so gewollt.

Eine Beteiligung der Menschen in und um Reiskirchen hat nie stattgefunden. Eine ganz kleine Gruppe von Personen in Parteien und Presse hat das Projekt immer genau gekannt und vorangebracht. In diesem konkreten Fall fehlte sogar die Wirtschaft, die sonst üblicherweise zu den Kungelkreisen für solche Großbauten dazugehört. Der Golfplatz Winnerod ist ein Beispiel mehr dafür, daß die Demokratie in diesem Land nicht funktioniert. Mit dem geballten Einsatz der Machtmittel in Form vorausgeplanter Parlamentsabstimmungen, Diskussionen und Entscheidungen in geheimen Gremien (Parteigremien, Gemeindevorstand, Clearingstellen), der gezielten Verbreitung von Lügen über eine verfilzte Tagespresse sowie, wenn alles nichts hilft, mit dem brutalen Einsatz von Polizei und Justiz gegen die KritikerInnen konnte eine Planung durchgesetzt werden, die auch heute noch kaum jemand will. Sogar, wie die Debatten zeigten, kaum jemand im Parlament. Alle waren traurig, daß es so kommen mußte (z.B. die Tatsache, daß das Hofgut durch den Golfplatz nicht gesichert würde), stimmten aber dennoch dafür. Warum? Es bleibt im Unklaren ...

Wie auch bei unserer ersten Schrift soll hier eines nochmal klargestellt werden: Es gibt keine objektive Berichterstattung. Journalisten oder andere Personen, die "Objektivität" fordern oder gar für sich in Anspruch nehmen, behaupten dies nur, um ihre eigene Meinung in ein besseres Licht zu rücken. Tatsächlich tun sie damit zweierlei: Erstens verstärken sie die Wirkung ihrer Meinung, zweitens versuchen sie, die Wertungen unbewußt dem Leser oder Hörer zu suggerieren. Das aber ist viel gefährlicher! Die Broschüre "Golf" will ehrlich sein. Wahrheit ist das, was ein betroffener Mensch sich selbst gegenüber als wahr empfindet. Möglich ist immer der Irrtum, möglich ist auch, daß tatsächliche Dinge auch aus einem anderen Blickwinkel wahrnehmbar sind.

Es gibt keine Objektivität.
Alle Schilderungen können
unabsichtliche Irrtümer
enthalten

oder

von anderen Personen anders
wahrgenommen werden.

Inhalt

Vorwort	2
Inhalt und Impressum	2
Golfplätze - und was davon zu halten ist	3
Die Chronologie bis Frñhsommer 1995	4
Die alten Pläne - hochgelobt, aber dann	7
Der Weg zum neuen Plan	10
Die Entlarvung der Lügen:	13
Besondere Betrachtungen:	
Die Politzirkel in Reiskirchen	16
Die Landesregierung	17
Die Winneröder BürgerInnen	18
Die Orts- und die Landeskirche	19
Verkäufer und Käufer	20
Die Presse - einseitig wie immer	21
Die Alternative: Ökohof Winnerod	23

Verfasser dieses Büchlein:
Aktion "Widerstand gegen den
Golfplatz

AG "Ökohof statt Golfplatz"

Impressum

Das Buch stammt aus der Feder verschiedener Mitwirkender der AG "Ökohof statt Golfplatz". Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Jörg Bergstedt.

Kontaktadresse: AG "Ökohof statt Golfplatz", Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.
Wir danken der Projektwerkstatt für die Nutzung der Layouteinrichtung.

Golfplätze ...

und was davon zu halten ist

108 Hektar soll der Golfplatz Winnerod umfassen. Davon wird ca. ein Drittel bespielte Fläche sein, der Rest sind dazwischenliegende Flächen, die in verschiedenem Umfang naturnah gestaltet sein können. Allerdings sind sie jeweils höchstens wenige Hektar groß, voneinander getrennt und ständigen Störungen ausgesetzt. Doch mit dieser einfachen Flächenbilanz ist der Eingriff des Golfplatzes in die Natur nicht vollständig umschrieben. Tatsächlich sind mit dem Bau und dem Betrieb eine Vielzahl von Störungen verbunden, die bei oberflächlichem Blick nicht oder kaum auffallen. Die folgende Liste der Eingriffe durch einen Golfplatz ist unvollständig, kann von Ort zu Ort etwas abweichen, gibt aber in jedem einen Überblick über das Problem.

Ökologische Auswirkungen eines Golfplatzes

Bau des Golfplatzes

Während des Baus werden meist alle Flächen verändert - auch die, die später als beruhigte Flächen zwischen den Spielbahnen liegen. Das hat entscheidende Auswirkungen auf die ökologische Wertigkeit. Ökosysteme wachsen nämlich in Jahrzehnten bis Jahrtausenden zu ihrer vollen Reife und Artenvielfalt. Ein Golfplatz zerstört die Bodenschicht, gräbt Grund- oder Stauwasserhorizonte an, verdichtet andere Bodenbereiche und verändert so im Kleinen die landschaftlichen Gegebenheiten vollständig. Die Wiederbelebung wird erst nach den Baumaßnahmen beruhigten Flächen zwischen den Spielbahnen wird lange Zeiten in Anspruch nehmen, zudem sind die natürlichen Beziehungen zwischen den Lebensräumen (Biotopverbund) zerstört. Die Standortverhältnisse sind künstlich (Bodenaufschüttung und -abgrabung). Es entsteht eine künstliche Situation, die insbesondere seltene Arten nicht erwarten läßt. Aus diesem Blickwinkel muß die Flächenbilanz wie folgt lauten: Ein Drittel der Fläche wird bespielt und ist daher ohnehin für den Naturschutz verloren. Die anderen zwei Drittel sind durch den Betrieb gestört und auf künstlichen, nicht mehr im Verbund stehenden Standorten. Ihre Wertigkeit ist daher erheblich eingeschränkt. Die Bauzeit beträgt ca. 2 Jahre.

Landschaftszerstörung durch Abgrabungen

Spielbahnen nach dem Bau

Ein Drittel der Fläche wird zu Spielbahnen. Diese werden mehr (Abschläge u.ä.) oder minder stark gepflegt (regelmäßig gemäht, bewässert usw.) und bieten daher einer vielfältigen Tier- und Pflanzengemeinschaft keine Heimat. Auf den Abschlägen, Zwischenabschläge und Greens (Flächen um das Loch) der Spielbahnen und dem Übungsplatz (Driving Range) wird das Gras intensiv gepflegt - ständig gemäht, gedüngt und bewässert. Es wächst auf einem künstlich angelegten Sandbett, um Staunässe und Matsch durch Betritt zu verhindern. Diese Flächen sind extrem naturfern, weisen kaum Arten auf und können durch Anwendung von Herbiziden, Dünger und durch die Bewässerung auch zu einer Gefahr für Grundwasser bzw. umliegende Flächen werden. In vielen Fällen stoßen die Greens und Abschläge auch direkt an die beruhigten Flächen.

Landschaftliche Situation nach dem Bau

In den Bahnen finden sich an mehreren Orten noch Sandbunker oder ähnliches, d.h. völlig standortfremde Elemente.

Beruhigte Flächen nach dem Bau

Durch die Modellierung des Geländes sind auch die beruhigten Flächen nicht mehr in der ursprünglichen Situation - Standort und Biotopverbund sind verändert. Zudem wirken sich die Ruhestörung sowie Be- und Entwässerung bzw. Stoffeintrag auf den Spielbahnen bis in die beruhigten Bereiche hinein aus. Einige Golfplätze haben die beruhigten Flächen zudem parkähnlich gestaltet, was deren Wert für die Natur zusätzlich mindert. Wildwuchszonen und Gebüsche dürften noch den höchsten Wert haben.

Infrastruktureinrichtungen

Golfclub, Wege, Parkplätze, Zufahrten, kleinere Bauten auf dem Gelände verteilt, Rohr- und Kabelleitungen und einiges mehr überziehen den Golfplatz. Besonders betroffen ist das Zentrum um das Golfclubgebäude. Hier werden Flächen versiegelt, sind Bauwerke erforderlich, insbesondere für das Abstellen der Fahrzeuge.

Störende Einzelelemente

Zäune

Zäune können aus verschiedenen Gründen notwendig werden. Zum einen sichern sie die Umgebung dort, wo Golfbälle in Richtung einer Straße oder Ortschaft fliegen können. Zum anderen halten sie Menschen oder z.B. Wildschweine vom Golfplatz ab. Wieweit Zäune tatsächlich notwendig sind, hängt von der Planung der Bahnen und der jeweiligen Situation vor Ort ab. In Winnerod sind Wildschweinschäden auf Teilflächen beobachtet worden, so daß Zäune mindestens am Waldrand unerlässlich sein dürften.

Gewässer und Bewässerung

Bäche können Golfplätze durchfließen, in der Regel werden sie in die Gestaltung einbezogen, z.B. durch Aufweitungen als Teiche. Ein naturnaher Bach braucht eine breite Zone, in der er sich frei bewegen und seinen Lauf verändern kann. Oftmals wären auch Überschwemmungen im Frühjahr typisch. Auf Golfplätzen ist dieses nur begrenzt möglich. Allerdings sind die meisten Bäche auch in landwirtschaftlichen Gegenden naturfern gestaltet. Ein Golfplatz verschlechtert daher die Situation meist nicht, verhindert aber auf lange Sicht eine echte Verbesserung.

Die Greens und Abschläge kommen nicht ohne Bewässerung aus. Die Entnahme des Wassers kann nur aus den Oberflächengewässern oder aus dem Grundwasser erfolgen. Möglich ist, einen Teil des Wassers aus Regen- und Hochwässern in Zisternen umzuleiten und in der Trockenzeit von dort zu nutzen. Dieses ist in Winnerod geplant. Zum einen wird damit den Bächen die natürliche Dynamik genommen (Überschwemmung der Talsohle im Frühjahr), allerdings war dieses durch den Ausbau auch jetzt schon nicht möglich - was jedoch hätte verbessert werden können. Zum anderen bleibt die Frage, was geschieht, wenn das Wasser im Sommer nicht reicht. Dann herrscht Trockenzeit und eine Entnahme aus Oberflächengewässern ist entweder gar nicht möglich oder mit erheblichen Schäden verbunden. Die Alternative wäre die Entnahme aus dem Trinkwassernetz oder bereitgehaltenen Brunnen. In Winnerod dürften angesichts der Lage erhebliche Trockenprobleme auf den Hängen und Höhenlagen auftreten.

Dünger und Herbizide

Ein Verzicht auf Düngen und Spritzen auf den Greens ist kaum möglich. Die notwendige einheitliche Grasdecke ist sonst nicht zu erzielen. Da die Greens auf künstlichem, sandigen Boden gesät werden, ist hier der Schadstofftransport nach unten bzw. in angrenzende Gewässer groß.

Chronologie bis Sommer 1995

Geschichte

Geschichte des Hofgutes

In den vergangenen Jahrhunderten hat das Hofgut Winnerod, phasenweise fast schloßähnlich ausgebaut und genutzt, eine wichtige Rolle für die Landwirtschaft, vor allem die Milchversorgung Gießens und Umgebung gespielt. Ca. 500 Hektar betrug die ursprünglich zum Hofgut gehörende Fläche. In der Folge von Mißwirtschaft und dadurch entstehenden Schulden mußte diese Fläche Zug um Zug verkauft werden. Die oft flachgründigen Böden ließen eine Intensivierung nur stellenweise zu. Hinzu kam, daß viele der Besitzer, die mit fortschreitenden Ertragsrückgängen öfter wechselten, nur einen Teil ihrer Arbeit in die Landwirtschaft einbrachten.

Quellen: "Dorfkirche(n)", S. 6 + 7 (Text: Pfarrer Jürgen Fuge). Eigene Aufzeichnungen. Mündliche Berichte eines Landwirtes aus Burkhardsfelden sowie AnwohnerInnen aus Winnerod.

Anfang 80er Jahre

Seit knapp zwei Jahrzehnten gehört das Hofgut Winnerod, bis dahin fast immer milchwirtschaftlicher Betrieb, dem Landwirt Josef Lischka, der auf Hof Güll wohnt und neben diesem und Winnerod noch weitere Hofgüter bewirtschaftet. Er betreibt eine konsequent konventionelle, umweltgefährdende Landwirtschaft. In Winnerod hat er fast alle Böden umgebrochen und zu Ackerland gemacht. Nach ca. 3 Jahren Bewirtschaftung sah er, daß die meisten Böden Winnerods für einen Ackerbau nicht geeignet waren und schrieb das Hofgut zum Verkauf aus. 1,5 Millionen hatte Lischka bezahlt, 1,8 Millionen wollte er nun haben. Zu einem Verkauf kam es aber nicht.

1986/87

Golfplatz: der 1. Versuch

Die Firma Conso-Bau entwirft erste Planungen für einen Golfplatz. Eine Umsetzung findet nicht statt.

1988

Die Firma "Deutsche Golf Consult" stellt am 1. Juli in einer Informationsveranstaltung im Winneröder Konfirmandensaal ihre Pläne vor. Die Pläne waren damals im Auftrag und auf Kosten des Eigentümers Lischka erarbeitet worden. Die Anwesenden nehmen die Pläne aber überwiegend mit Skepsis auf.

Im Juli 1988 beschließt das Gemeindeparlament einstimmig (SPD/CDU/FWG), einen Antrag auf Abweichung vom Raumordnungsplan zugunsten eines Golfplatzes in Winnerod zu stellen. Eine Einbeziehung der Bevölkerung findet nicht statt.

1989

Im Februar richten Winneröder BürgerInnen eine Petition an den Regierungspräsidenten, die Golfpläne der Gemeinde zu verhindern. Am 5. August berichtet der Gießener Anzeiger: "Der Winneröder Golfplatz kann gebaut werden" (es sollte nicht die einzige Lüge bleiben ...). Auf besorgte Nachfragen aus Winnerod teilt die Gemeinde Reiskirchen mit, daß die Abweichung vom

Raumordnungsplan bald genehmigt wird. Die BürgerInnen werden weiter nicht beteiligt.

Im September versucht Lischka erstmals, auch das Kirchenland zu kaufen, um das Land für einen Golfplatz zusammen zu besitzen. Der Kirchenvorstand will noch nicht entscheiden und plant eine Informationsveranstaltung unter dem Thema "Machet Euch die Erde untertan - auf wessen Kosten?" Ein Naturschützer und ein Vertreter der Golf Consult sind zu dem Abend geladen.

Erste Versuche, das Kirchenland zu kaufen, schlagen fehl.

In der Zwischenzeit hat die Gemeinde die notwendigen Pläne erarbeiten lassen. Vom 1.12. bis 19.1.90 liegen die Bauleitpläne in der Gemeindeverwaltung offen. Die Landeskirchenverwaltung schlägt in einem Schreiben dem Kirchenvorstand vor, den Planungen zuzustimmen, d.h. sie tritt deutlich für den Golfplatz ein!

1990

Der Kirchenvorstand beschließt trotz des Drängens der Landeskirche, "in Verantwortung vor Gott und den Menschen in Winnerod" sich über den Golfplatz und die Auswirkungen kundig zu machen. Am 11.1. titelt der Gießener Anzeiger: "Koreanerin hat Golfplatz in Winnerod gekauft!" (und wieder eine Lüge ...). Im März ergibt eine Umfrage der Kirchengemeinde sowie später eine der Grünen in Winnerod eine klare Mehrheit gegen den Golfplatz. Die Kirchengemeinde bereist am 28.4. die Golfplätze Niederrad und Schotten.

Lügen der Presse

WinneröderInnen mehrheitlich gegen den Golfplatz

Im Frühjahr gründet sich das "Aktionsbündnis gegen den Golfplatz". Die Radiosender berichten. Die Winneröder sind besorgt, durch den Golfplatz "eingekesselt" zu werden.

Widerstand gegen den Golfplatz

Im Juni beschließt der Kirchenvorstand, daß eine Zusammenlegung der Flächen möglich ist, aber diese im Golfgebiet bleiben sollen sowie ausschließlich landwirtschaftlich zu nutzen sind. Ein Angebot Lischkas, die Flächen gegen solche außerhalb des Geländes zu tauschen, lehnt der Kirchenvorstand ab.

1990 und 91 verlassen die letzten Bewohner (Studenten-WG) das Herrenhaus. Seitdem steht es leer und verfällt, da der Besitzer nichts gegen den Verfall unternimmt. Im Dezember lehnt der Kirchenvorstand in einem zweiseitigen Schreiben die Pläne der Gemeinde aus ökologischen und sozialen Gründen ab.

Kirche lehnt Golfplatz ab

1991

Im Jahr 1991 bewegt sich wenig in Sachen Golfplatz. Im April erhält der Kirchenvorstand seine Einwendung gegen die Bauleitpläne zurück, die Gemeinde hält am Golfplatz fest. Am 30.9.91 beschließt die Gemeindevertreterversammlung den Plan - ohne Rücksicht und besondere Anhörung der betroffenen BürgerInnen.

1992

Die Gemeinde überarbeitet wegen Fehlern im ersten Entwurf den Winneröder Golfplatzplan. Vom 2.11. bis 4.12. liegt er erneut zur Stellungnahme aus. Der Kirchenvorstand gibt eine weitere, ausführliche Stellungnahme ab. Er lehnt das Projekt aus verschiedenen Gründen ab, vor allem aus sozialen und ökologischen. Als wichtiges Argument wird angebracht, daß der Kirchenvorstand keinem Golfplatz zustimmen werde, solange es Hunger auf der Welt gibt. Die Naturschutzverbände sprechen sich nicht gegen den Golfplatz aus, sondern fordern nur einige kleine Biotop- und Artenschutzanlagen im Gebiet.

Golfplatz: der 2. Versuch

Am 1.12. verläßt die letzte Bewohnerin das Hofgut, sie lebte im Nebengebäude (Gesindehaus). Seitdem stehen alle Gebäude leer.

Ab dem 1.12.92 stehen alle Gebäude leer.

1993

Die Gemeindevertretung wägt am 3.2. die eingebrachten Bedenken ab und verwirft u.a. die Bedenken des Kirchenvorstandes als "politisches Argument", was deshalb nicht beachtet werden müsse. Mit der Stimmenmehrheit von CDU/SPD/FWG stimmt sie dem überarbeiteten Golfplatz-Bauleitplan zu. Dieser geht damit erneut zur Genehmigung zum Regierungspräsidenten.

Bei der Kommunalwahl verliert die SPD ihre bisherige Mehrheit. Koalitionsgespräche mit den GRÜNEN scheitern an der Golfplatzfrage - der SPD ist der Golfplatz wichtiger als eine Mehrheit.

Im April gründet sich die AG "Ökohof statt Golfplatz". Sie erneuert die Kritik an den Planungen und erarbeitet zusammen mit Landwirten und vielen anderen Personen eine Alternative, die das Hofgut erhalten und mit Leben erfüllen sowie die Flächen nutzen würde. Die AG kritisiert die Naturzerstörung durch die Planung sowie die Einkesselung der Winneröder Bevölkerung. Zudem erhebt sie Zweifel, ob die Golfinvestoren überhaupt das Hofgut kaufen werden. Dazu recherchiert die Gruppe bei den Planern und Architekten, die den Plan entworfen haben und findet heraus, daß dort keine Nutzung des Hofgutes geplant ist. "Anzeiger" und "Allgemeine" verweigern die Berichterstattung darüber.

Im Juni lehnt der Regierungspräsident den Plan als fehlerhaft ab. Die Bemühungen um eine Alternativnutzung erreichen den Höhepunkt. Verkaufsverhandlungen mit Eigentümer Lischka laufen. Die Gemeinde legt Widerspruch gegen die Entscheidung beim Land Hessen ein. Die Lan-

RP lehnt Golfplatz wegen Planungsdefiziten ab

Reiskirchen (-). Abgelehnt hat das Gießener Regierungspräsidium (RP) die von der Gemeinde Reiskirchen vorgelegten Planungen für einen Golfplatz im Ortsteil Winnerod (siehe auch AZ von gestern). Wie die Behörde vor wenigen Tagen der Gemeinde mitgeteilt hat, sind die bereits vor fast zwei Jahren geltend gemachten Bedenken gegenüber der Änderung des Flächennutzungsplans und des vorgelegten Bebauungsplans in wesentlichen Punkten nicht ausgeräumt worden. Insbesondere, so eine RP-Presseerklärung, seien weiterhin keine Erfordernisse für die Planung erkennbar, die Bedenken der Anwohner nicht ausgeräumt, die Bedarfsanalyse nicht nachvollziehbar und der Eingriff in Natur und Landschaft unzureichend abgewogen. Diese Planungsdefizite habe man der Gemeinde nach der letzten Ablehnung in einem Gespräch am 9. Juni 1992 ausführlich erläutert.

Bereits im September 1991 hatte das RP in seiner Ablehnungsverfügung bemängelt, daß die in Reiskirchen stehende Bauleitplanung nicht den Erfordernissen der Natur entsprechen würde, daß diese ausschließlich im öffentlichen Interesse im Vordergrund stehen und im Belang der

Gießener Allgemeine, 19.6.93

desregierung schaltet sich ein und weist den Regierungspräsidenten an, die Plan zu genehmigen. Die Landesregierung selbst feiert in einer Pressemitteilung diese Amtshilfe für den Golfplatz als positive Handlung. In der Landesregierung ist der "Sonderbeauftragte für die Beschleunigung von Bauleitverfahren" für die Unterstützung des Golfprojektes zuständig - eigentlich soll er für mehr Wohnungsbau arbeiten. Mit dieser Intervention ist der Golfplatz genehmigt. Nur eine Klage kann ihn noch stoppen.

Gestern »Grünes Licht« für Golfplatz Winnerod

Aus dem Landesentwicklungsministerium – RP zu Genehmigung angewiesen – Bürgermeister Klaus Döring: »Sehr erfreut«

Reiskirchen (ho). Das Landesentwicklungsministerium hat das Regierungspräsidium in Gießen angewiesen, den von der Gemeinde Reiskirchen geplanten »Golfplatz Winnerod« zu genehmigen. Dies geht aus einer Pressemitteilung des Ministeriums von gestern nachmittag hervor. Das Regierungspräsidium hatte bislang vor allem naturschutzrechtliche Bedenken gegen die für die Errichtung der Freiluftsportstätte notwendige Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes geäußert. Die Gemeinde rief deshalb die Clearingstelle beim RP an und schaltete schließlich – als »letzte Instanz« – das Landesentwicklungsministerium ein.

Nach Auffassung des Ministeriums erfüllen die von der Gemeinde vorgelegten Pläne mit einer Reihe zusätzlicher Auflagen die vom Land vorgegebenen Kriterien für die Errichtung von Golfplätzen.

Die in der Vergangenheit geltend gemachten naturschutz- und wasserschutzrechtlichen Bedenken des RP seien, so das Ministerium nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes, bei den neuen Planungen der Gemeinde orientiert an den Landesvorgaben berücksichtigt werden.

Die Gemeinde Reiskirchen habe zwischenzeitlich auch die vom RP geforderten Standortuntersuchungen durchgeführt. Sie muß jetzt noch das Bewässerungskonzept an die aktuellen Planungen anpassen, den in Lich vorgesehenen Golfplatz in ihre Bedarfsanalyse einbeziehen und die sozio-strukturellen Belange des Ortsteils beim Bebauungsplan berücksichtigen. Wenn das geschehen ist, steht einer Genehmigung des Golfplatzes durch das RP nichts mehr entgegen, so das Ministerium.

Reiskirchens Bürgermeister Klaus Döring erfuhr von der AZ telefonisch von der nach seiner Ein-

schätzung »sehr erfreulichen Nachricht«. Das Ortsoberrhaupt ist derzeit mit zwei anderen Bürgermeisterkollegen in Straßburg auf dem Europatag. »Diese Reaktion des Ministeriums ist die logische Konsequenz aus unserer Arbeit«, meinte Döring, der darauf verwies, daß man alle naturschutz- und wasserrechtlichen Forderungen weitgehend erfüllt habe. Auch die restlichen Hürden würden die Reiskirchener sicherlich noch nehmen. Döring verhehlte nicht, daß der Golfplatz Winnerod nicht ganz unstrittig ist. Er werde aber von einer breiten Mehrheit getragen und bringe ganz sicher eine Aufwertung der Infrastruktur der Gemeinde. Außerdem bestünden berechtigte Hoffnungen, das Hofgut Winnerod selbst vor dem Verfall zu retten. Auf zeitliche Aspekte wollte sich Döring nicht festlegen, die Investoren allerdings stünden »Gewehr bei Fuß«.

Gießener Allgemeine, 23.10.93

Allerdings tauchen keine Investoren auf. Presse und Bürgermeister Döring hatten des öfteren behauptet, die Investoren ständen "Gewehr bei Fuß". Die AG "Ökohof statt Golfplatz" hatte in eigenen Recherchen herausgefunden, daß es keine Investoren mehr gäbe. Die ehemals interessierte Koreanerin sei schon vor einigen Jahren abgesprungen. Die Presse verweigerte erneut die Berichterstattung. Das Fehlen der Investoren führt zu Ruhe in Winnerod. Die BürgerInnen haben inzwischen die Lust verloren, gegen das den Ort völlig verwandelnde Projekt zu kämpfen.

Auszüge aus dem Brief der Landesregierung an die AG "Ökohof statt Golfplatz" (10.11.93):

... Ich bin allerdings zu dem Ergebnis gekommen, daß die nunmehr vorliegende Planung der Gemeinde Reiskirchen grundsätzlich nicht mehr zu beanstanden ist. ... Abwägungsfehler oder gar einen Abwägungsanfall für einzelne vorgelegene Bedenken vermag ich nicht zu erkennen. Die heute vorliegende Planung ist ... Ergebnis eines demokratischen Entscheidungsprozesses in Ihrer Gemeinde. ...

Anm.: All diese Zitate beziehen sich auf den alten, inzwischen von Gemeinde und neuem Investor als "Inakzeptabel" bezeichneten Plan - das nur angefügt, man glaubt es kaum!

Am 6.12. will die AG "Ökohof statt Golfplatz" die schlimmsten Schäden an den Gebäuden des Hofgutes reparieren. Die Feuerwehr Ettingshausen hatte technische Hilfe zugesagt. Es sollten fehlende Dachpfannen und Dachfenster ersetzt sowie die abgerissenen Regenfallrohre angelötet werden. Eigentümer Lischka hatte der Aktion zugestimmt. Auf Druck der Gemeindeführung Reiskirchens untersagte er wenige Tage vor der Aktion die Renovierung. Damit geht der Verfall weiter - bewußt durch die politische Führung Reiskirchens herbeigeführt. Die Presse verweigert die Berichterstattung.

1994

Die AG "Ökohof statt Golfplatz" versucht, Kläger gegen den Golfplatz zu finden. Klageberechtigt sind nur die WinneröderInnen selbst, der Kirchenvorstand und direkte Nachbarn (vor allem Landwirte rund um das Gebiet). Die Pfarrer von Winnerod waren bis dahin zur Klage entschlossen, angesichts des Zwangs, diese Zusage auch in die Tat umzusetzen, verlieren sie den Mut. Ihre Zusage, mit den anderen BürgerInnen von Winnerod zu reden, halten sie nicht ein. Im Kirchenvorstand gibt es im Frühjahr 1994 eine intensive Debatte um eine Klage. Der Antrag, diese zu führen, scheitert im Mai 1994 knapp. Im Gemeindevorstand Reiskirchens wird die Abstimmung mit Besorgnis gesehen und einiges versucht, auf die Kirchenvorständler Einfluß zu nehmen - offenbar mit Erfolg. Landwirte, die in der Nähe Flächen haben, sind zwar überwiegend gegen den Golfplatz, wollen aber nicht klagen, da "am Ende wir kleinen Leute doch immer die Gearschten sind" (Zitat eines Landwirtes).

Ein weiterer Versuch Lischkas, die Flächen von der Kirche zu kaufen, scheitert. Im Frühjahr 1995 nehmen Herr Reichert und Frau Senge als neue InteressentInnen Kontakt mit dem Kirchenvorstand auf. Sie präsentieren einen neuen Plan und berichten von wesentlichen Änderungen in der gesamten Konzeption. Zudem drohen sie mit zwei weiteren Investoren, die im Falle dessen, daß sie nicht zum Zuge kommen, einen viel schlimmeren Golfplatz bauen. Erstmals kommt der bisher von der Gemeinde Reiskirchen hochgelobte bisherige Plan unter Beschuß: Reichert bezeichnet in als Fehlplanung - vor allem aus ökologischer Sicht. Am 12.4. beschließt der Kirchenvorstand, den neuen InteressentInnen das Land zu verkaufen. Die Winneröder BürgerInnen sowie die AG "Ökohof statt Golfplatz" werden vor der Entscheidung weder gehört noch anschließend informiert. ProjektwerkstättlerInnen aus Saasen erfahren kurze Zeit später per Gerücht vom Beschluß, überprüfen und veröffentlichen ihn. Die Tagespresse reagiert erst mehrere Tage später. Damit scheinen alle legalen Mittel gegen den Golfplatz ausgeschöpft. Die erste Besetzung beginnt ...

Alle zum Widerstand Entschlossenen geben klein bei oder dürfen nicht klagen. So wird der Plan rechtsgültig.

Die alten Pläne

- hochgelobt, aber dann ...

Der "alte" Bebauungsplan, finanziert durch den Grundeigentümer Lischka, verabschiedet von der Gemeinde Reiskirchen und erstellt von der Deutschen Golf-Consult (Essen) wurde sehr lange als hervorragender Plan gehandelt. Die kritischen Anmerkungen vor allem aus der AG "Ökohof statt Golfplatz" wurden ausnahmslos zurückgewiesen und nicht einmal in Gemeindegremien diskutiert. Die Planungsfehler beschäftigten nur einige Winneröder BürgerInnen sowie den Kirchenvorstand, als es um die Frage ging, ob gegen diesen Plan zu klagen sei. Alle lehnten das letztlich aus fehlendem Mut oder anderen Gründen ab. Im Nachhinein hat sich nun die Position der Klagebefürworter als richtig erwiesen. Denn die Gemeinde selbst hat ihren bisherigen Plan als mit "erheblichen Mängeln" behaftet bezeichnet. Jedoch: Kein Wort des Bedauerns, keine Richtigstellung. Eigentlich hätten die Golfplatzkritiker ein öffentliches Lob erhalten müssen - waren sie doch die einzigen, die diese Tatsache schon immer richtig gesehen hatten. Dafür aber waren sie jahrelang von Politik und Presse beschimpft worden. Nun geben es alle zu und gehen schnell zur Tagesordnung über. Ein neuer, natürlich wieder hervorragender Plan, wird erstellt und das ganze neu durchgezogen. Die Kritiker werden wieder beschimpft ...

Auf dem Weg zu einem rechtsgültigen Plan sind verschiedene Stufen zu überwinden. Der alte Plan entstand in folgenden Etappen:

Offizielle Aussagen zum alten Plan:

"Die Gemeinde sieht die vorgesehenen Eingriffe insgesamt durch die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen als kompensiert an."

"Diese Forderung (gemeint: Einschränkung von Düngen und Spritzen) entbehrt jeder Begründung."

(aus den Abwägungsbeschlüssen zum alten Plan)

"erhebliche Mängel in der bisherigen Planung"

(Begründung der Gemeinde zur Planänderung 1998)

Planverfahren

Der Golfplatzplan ist über eine Flächennutzungs- und Bebauungsplanung entstanden. Nach dem Baugesetzbuch waren damit bestimmte Anforderungen sowie Formen der Beteiligung von BürgerInnen und Trägern öffentlicher Belange erforderlich. Nach Durchlaufen dieser Planungsschritte mußte der Plan vom Regierungspräsident genehmigt werden (zum Ablauf dabei siehe oben) und trat mit der Veröffentlichung in der örtlichen Heimatzeitung in Kraft (Februar 1994). Bis zu einem Jahr später hätten Klagen gegen den Plan eingereicht werden müssen, möglich wäre das aber nur direkt Betroffenen gewesen (Anliegern, Anwohnern usw.). Das geschah nicht. Somit ist der Plan gültig und rechtlich nicht mehr angreifbar.

Als weiterer Schritt ist nun noch ein Baugenehmigungsverfahren für den dann konkret geplanten Golfplatz nötig. Hierbei wird die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht mehr überprüft, sondern nur die Übereinstimmung des konkreten Planes (Bauantrag) mit den Vorgaben des Bebauungsplanes. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit, Naturschutzgruppen sowie auch der gewählten Abgeordneten im Ort erfolgt hierbei jedoch nicht mehr. Eine Klage wäre wiederum von Betroffenen zulässig, jedoch könnte nur noch gegen die Genehmigung, nicht mehr gegen den Bebauungsplan geklagt werden. Dessen Fehlerhaftigkeit, die ja schon der Regierungspräsident erkannt hatte, kann nicht mehr Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzungen sein.

Unabhängig zu obigen Punkten muß das gesamte Verfahren in Zweifel gezogen werden. Die Bauleitplanung ist die wesentliche Planungskategorie, nach der eine Gemeinde der ihr vom Grundgesetz zugestandenen Planungshoheit gerecht wird. Diese "Hoheitsaufgabe" kann sinnvoll nur durch ein demokratisches Gremium initiiert und betrieben werden. Im Fall des Golfplatzes ging die Initiative von Privatpersonen aus, diese beauftragten Planer, bezahlten sie auch - das Gemeindeparlament hatte nur noch abzustimmen. Dieses Tatbestand ist bedenklich, wahrscheinlich sogar rechtswidrig. Besonders deutlich wurde das am Ende des gesamten Verfahrens, als das Parlament nicht mehr wagte, den vorgelegten Änderungsplan zu stoppen, obwohl der den Politikern wichtigste Wunsch, die Erhaltung des Hofgutes, nicht mehr gewährleistet war.

Öffentlichkeitsbeteiligung

In zwei Stufen sind die BürgerInnen sowie die Träger öffentlicher Belange, darunter auch die anerkannten Naturschutzverbände, beteiligt worden. Sie alle können ihre Ansichten äußern. Das Verfahren ist den Gesetzen entsprechend verlaufen. Planende Institution war die Gemeinde, die mit Steuermitteln den Golfplatz, der schließlich dem Landbesitzer und dem Investor wirtschaftlich zugutekommen soll, vorbereitet. Die Gemeinde hat keine über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden Aktivitäten entwickelt, die BürgerInnen oder Vereine zu beteiligen. Insbesondere die AnwohnerInnen im Ort Winnerod wurden wenig oder gar nicht beachtet. Bemerkenswert ist hier eine Passage aus der Abwägung von Einwendungen, daß die Prüfung alternativer Nutzungsmöglichkeiten des Hofgutes nicht nötig sei, da der Besitzer nichts anderes wolle. Daß aber der Golfplatz zum Teil auf Flächen geplant wurde, deren Besitzer ihn nicht wollten, wurde als Widerspruch nicht bemerkt. Insgesamt wurde die Bürgerbeteiligung auf das Minimalmaß des Gesetzes reduziert, d.h. die BürgerInnen konnten nur Vorschläge äußern, deren Berücksichtigung allerdings weder garantiert noch überhaupt mitverfolgt werden konnte.

Formaler Ablauf des Verfahrens

Bebauungsplanung

Baugenehmigung

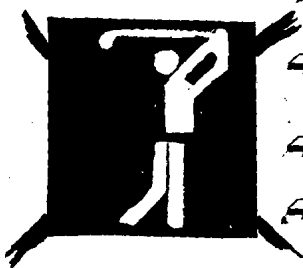
Bürgerbeteiligung

Noch nicht zu spät!

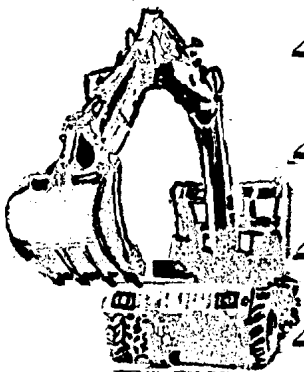
Widerstand gegen den Golfplatz!!!

Seit wenigen Wochen besteht die Gefahr, daß ganz in unserer Nähe 108 Hektar Landschaft vernichtet werden, damit wenige mit viel Geld einem „Sport“ nachgehen können. Den Schlüssel, dieses zu verhindern, hatte die Evangelische Kirche. Nach 10 Jahren ablehnender Haltung will sie nun durch den Verkauf ihrer Flächen den Golfplatzbau ermöglichen. Jede Sekunde kann die Unterschrift unter den Vertrag gesetzt werden.

Handeln Sie sofort. Nehmen Sie Kontakt zum Kirchenvorstand Bersrod/ Winnerod auf und sagen sie diesem, daß die Zustimmung zum Verkauf zurückgezogen werden muß. Der Kirchenvorstand hat sich von schönen Worten eines millionenschweren Investors einlullen lassen - sie hat nichts schriftlich in der Hand. Es gibt keine Zusagen, auf die sich irgendjemand verlassen könnte. Wenn erstmal die Flächen zerstört sind, das Hofgut verfällt usw., ist alles zu spät. Wem die Natur, die Menschen in Winnerod und den umgebenden Orten sowie das Kulturdenkmal Hofgut etwas wert sind, muß jetzt aktiv werden.



- ➔ Der Golfplatz wird die Gemarkung Winnerod vollständig verändern. Wie bei allen Golfplatzbaustellen wird kein Stück Erde an seinem Platz bleiben. Die spätere Begrünung vertuscht dieses Desaster für die Natur. Bäche werden umgeleitet, Gewässer verändert. Etliche Teilflächen werden ständig intensiv gedüngt und bearbeitet.
- ➔ Wertvolle landwirtschaftliche Fläche wird geopfert. Die ständige Aussage, in Deutschland gäbe es Überproduktion, ist falsch. Zudem brauchen wir die landwirtschaftlichen Flächen, um überall biologischen Landbau betreiben zu können. In Winnerod wären Bio-Landwirte der Umgebung bereit gewesen, die Flächen zu bewirtschaften.
- ➔ Für den Golfplatz werden riesige Mengen Grundwasser abgepumpt. Sie sind zur Bewässerung nötig. Während woanders Wassermotstand herrscht, soll hier verschwendet werden. Die Folgen sind bis heute nicht untersucht.
- ➔ Für das Dorf Winnerod und seine EinwohnerInnen führt der Golfplatz zu einer "Ghettoisierung". Allein schon wegen der Wildschweine wird ein Zaun unumgänglich sein. Die Behauptung im Plan, auf einen Zaun verzichten zu können, gehört zu den Lügen von Anfang an.
- ➔ Fast alle Golfplätze der Umgebung sind nicht ausgelastet (Beispiel: Lich), einzelne sind schon bankrott.



- ➔ Die Gemeinde Reiskirchen hat von Anfang an die Planung als rücksichtslose Planung von oben betrieben, um einige Reiche in die Gemeinde zu holen. Sowohl die Betroffenen wie auch Alternativen für das Hofgut wurden nicht ernsthaft berücksichtigt. Damit setzt die Gemeinde ihre verfehlte Stadplanung fort, die nur Großprojekte fördert und in der Ortsgestaltung versagt.
- ➔ Das Land Hessen mit seiner rotgrünen Landesregierung hat den Golfplatz gegen den Willen des zuständigen Regierungspräsidenten mittels Anordnung von oben durchgesetzt. Dabei wurde Personal eingesetzt, das vor allem für beschleunigten Wohnungsbau von Steuergeldern bezahlt wird - in diesem Fall führte das zur Zerstörung von Wohnraum und Landschaft.
- ➔ Die Kirche Winnerod/Bersrod hat entgegen ihren eigenen Ankündigungen durch den Verkauf der Flächen den Bau des Golfplatzes möglich gemacht. Noch vor wenigen Wochen hat sie mit starken Argumenten genau dieses abgelehnt. So wird deutlich, daß die KirchenvertreterInnen Worte und Taten nicht in Einklang bringen.
- ➔ Ein böses Spiel hat von Beginn an die regionale Presse (Anzeiger, Allgemeine) gespielt. Geschrieben oder redigiert von Redakteuren, die gute und Parteifreunde des Bürgermeisters sind (o.ä.), ist ständig mit Lügen versucht worden, das Golfplatzprojekt als sinnvoll darzustellen. Auch jetzt wird ein Jubelgesang in die Zeitung gebracht, alle Probleme sind ausgelassen.



- ➔ Alle Beteiligten haben ständig und immer in sehr zentralen Fragen bewußt gelogen:
 1. Seit über 2 Jahren gibt es eine Alternative zum Golfplatz, die das Hofgut erhalten würde und die Flächen umweltverträglich bewirtschaftet.
 2. Insbesondere der Bürgermeister hat jahrelang gegen besseres Wissen behauptet, es hätten Investoren "Gewehr bei Fuß" gestanden - dieses ist aber erst seit einigen Wochen der Fall.
 3. Für den Erhalt des Hofgutes gibt es keinerlei Sicherheit. Das der Golfplatz das Gut retten würde, wurde auch beim Golfplatz in Lich behauptet - heute ist das Golf-Clubhaus auf einer Nebenfläche errichtet worden, das Hofgut wird verfallen. Auch der Plan für Winnerod weißt eine Baufläche außerhalb des Gutes auf (jetzige Feldscheune), "zufällig" ist gleich daneben auch eine Fußgängerunterführung.

Wir rufen auf:

Dieser Golfplatz muß verhindert werden. Es darf nicht geschehen, daß mit Lügen und Tricks 108 Hektar Landschaft zerstört werden und ca. 50 Menschen die Wohnqualität vernichtet wird - nur, um wenigen Reichen eine flächenintensive Sportart zu ermöglichen!

Wer selbst mitwirken will an unserem Kampf gegen die Zerstörung, sollte uns einfach anrufen!

Projektwerkstatt, 06401/5651. V.i.S.d.P.: Nicolas Landry, Reiskirchen

Flugblatt zur ersten Besetzung Ende Mai mit den wichtigsten Gründen gegen den Golfplatz.

Die anerkannten Naturschutzverbände erhielten privilegierte Möglichkeiten der Äußerung, indem ihnen die gesamten Unterlagen zugeschickt wurden. Sie sprachen sich in ihren Stellungnahmen nicht gegen den Golfplatz als solches, sondern nur für einige Detailveränderungen aus. Der unterzeichnende und für alle Naturschutzverbände sprechende Naturschutzbund-Vorsitzende von Reiskirchen begründete dieses damit, daß die Verbände ohnehin nicht davon ausgehen, daß der Golfplatz zu verhindern sei. Die Verbände selbst hätten allerdings auch mit ihren Informationen eine erweiterte Beteiligung von BürgerInnen aufbauen können. Sie unterließen dieses jedoch und beschränkten ihre Arbeit auf das Schreiben einer Stellungnahme.

Naturschutzverbände mit
schwachen Stellungnahmen

Abwägung

Die Eingaben von Trägern öffentlicher Belange oder BürgerInnen wurden in der Abwägung einzeln behandelt. Dabei gab es nur wenige Eingaben, die das Vorhaben grundsätzlich ablehnten. Die wenigen Eingaben der Naturschutzverbände konnten vom Planungsbüro ohne große Schwierigkeiten fast alle in den Plan aufgenommen werden, da sie sich mit der Anlage des Golfplatzes vertrugen.

Schwerwiegende Bedenken wurden dagegen von Seiten der evangelischen Kirche sowie einigen Anliegern erhoben. Ein Teil ihrer Bedenken wurde nicht abgewogen. Dieses ist ein rechtlicher Fehler, der bei einem Gerichtsprozeß folgenschwer hätte sein können. Abwägung bedeutet, daß die Bedenken entweder übernommen werden und zu Planänderungen führen, oder aber mit Begründung und vor allem Gegenüberstellung anderer, entgegenstehender Argumente zurückgewiesen werden. Dieses ist im Rahmen einiger Argumente gegen den Golfplatz nicht erfolgt. Vielmehr sind einige der Bedenken mit pauschalen Formulierungen nicht zur Abwägung zugelassen worden, z.B. mit dem Hinweis, es handele sich um ein politisches Argument (welches auch abgewogen werden muß, schließlich kann es richtig sein).

Grundsätzliche Ablehnung kam
von Winneröder BürgerInnen und
der Evangelischen Kirche

Zum alten, 1993 beschlossenen Bebauungsplan hatte die AG "Ökohof statt Golfplatz" genaue Kritikpapiere erarbeitet und den Genehmigungsbehörden vorgelegt. Das eine behandelte die Rechtsfehler im Planverfahren, das andere die ökologischen Auswirkungen des Golfplatzes.

1. Papier zur den Verfahrensfehlern:

Rechtsfehler-Analyse zum Bebauungsplan 7.1

Abwägungsfehler

Die vorgebrachten Anregungen und Bedenken sind in äußerst unterschiedlicher Weise abgewogen bzw. zum Teil ohne die notwendige, intensive Prüfung abgetan worden. So fällt auf, daß insbesondere die grundsätzlichen Bedenken von EinwohnerInnen aus Winnerod bzw. die der Kirchengemeinde völlig unzulänglich überprüft und beantwortet sind. Von einer Abwägung kann keine Rede sein, wenn schwergewichtige Bedenken mit Formulierungen wie "hinlänglich bekannte Konsequenzen", "mag dahingestellt sein" oder "politisch nicht mehrheitsfähig" abgetan werden. Insbesondere die Bedenken 3 und 4 aus dem Schreiben der Kirchengemeinde dürfen als unbeantwortet betrachtet werden, also bestehen Abwägungsfehler. Da diese aber die einzigen grundsätzlichen Ablehnungsargumente gegen den Golfplatz insgesamt sind, muß festgestellt werden, daß eine Abwägung von Bedenken gegen den Golfplatz insgesamt gar nicht stattgefunden hat. Als Unverschämtheit muß die Entgegnung auf den Kritikpunkt 3 der Kirchengemeinde gewertet werden, wenn die Kritik am Verlust von landwirtschaftlichem Boden als Zwang zur Nutzungsintensivierung auf Grenzertragsböden gewertet wird. Auch die Bedenken 7 und 8 sind überhaupt nicht beantwortet worden, ihnen wurden nur allgemeine Phrasen entgegengesetzt. Es zeigt sich, daß grundsätzliche Bedenken gegen den Golfplatz insgesamt kaum angemessen bearbeitet sind. Diese Ansicht wird dadurch unterstützt, daß eine besonders gründliche Abwägung der fachlich völlig unqualifizierten Stellungnahme der Naturschutzverbände vorliegt - offenbar genau deshalb, weil hier keine Ablehnung des Golfplatzes als solchem erfolgte.

Die direkt Betroffenen (EinwohnerInnen Winnerods und die Kirchengemeinde als Grundeigentümer) sind nicht in der notwendigen Form zu Gehör gekommen.

Sachliche Irrtümer und Fehler

Im Planwerk befinden sich etliche Sachfehler. Auf einen großen Teil ist in den Stellungnahmen eingegangen worden, Verbesserungen erfolgten in der Abwägung jedoch nicht. Diese Punkte sind unter anderem:

- Als Vergleichsmaßstab für den Golfplatz wird ein intensiver Ackerbau genutzt. Dieser hat aber in der geschichtlichen Entwicklung des Hofgutes Winnerod nur selten stattgefunden und entspricht auch nicht der standortgemäßen Bewirtschaftung. Danach sind fast alle Böden Grünlandstandorte, oftmals mit feuchtem oder trocken-mageren Einschlag, der eine extensive Bewirtschaftung als standortgerecht erscheinen läßt. Ihre ökologische Bedeutung ist dann viel höher, ein Golfplatz gegenüber ihnen ein erheblicher Eingriff. Zum Zeitpunkt des Planabschlusses war eine intensive Landwirtschaft auch kaum noch vorhanden. Es erscheint also schleierhaft, warum intensiver Ackerbau als Vergleich gelten soll.
- Etliche Biotope sind in ihrer Bedeutung völlig falsch bewertet worden. Auch das angewendete Verfahren für die Berechnung der Ausgleichsmaßnahmen ist, wenn auch oft angewendet, fachlich doch völlig unqualifiziert. Fehlerhaft ist zudem die Einschätzung der zukünftigen Pferdeweide als Extensivgrünland sowie der Amphibienzäune als Lenkungsinstrumente.

Richtlinie über die Planung, Genehmigung, Anlage und den Betrieb von Golfplätzen in Hessen

Die vorliegende Golfplatzplanung widerspricht der gültigen Richtlinie in folgenden Punkten:

- Der Idee der Richtlinie und dem Grundgedanken logischer Planung überhaupt entspricht, einen Golfplatz in einem Zug zu entwerfen. Im Plan wird ständig auf spätere Einzelgenehmigungen verwiesen. Das wirkt wie "Salamitaktik" und verhindert eine umfassende Bewertung.
- Da der geplante Golfplatz 27 Löcher aufweist (18 plus 9 Übungsbahnen), hätte eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen müssen. Diese wäre auch für die Einschätzung der tatsächlichen Eingriffsintensität unvermeidlich gewesen.
- Als nicht in Betracht kommende Gebiete werden unter anderem "Gebiete mit einem hohen Anteil an ökologisch und landschaftlich wertvollen oder gering belasteten Flächen" sowie "kulturhistorisch besonders bedeutsame Gebiete" benannt. Winnerod stellt mit seinem reichen Quellvorkommen, den Bachläufen, Hecken, Feucht- und Magerwiesen eine besondere ökologische Vielfalt dar, zudem dürften der Hof und die von ihm früher ausgehenden Wirtschaftsaktivitäten als Kulturdenkmal gewertet werden. Zudem gibt es eine Überschneidung mit einem Wasserschutzgebiet.
- "Ein Golfplatz darf das Landschaftsbild nicht beherrschen", findet sich als Festlegung. Wer in Winnerod steht, wird aufgrund der Kessellage nichts anderes mehr wahrnehmen können als den Golfplatz, der den gesamten Landschaftsraum des Win-

- neröder Quellgebietes mit Hängen rundherum einnimmt.
- Dem Gebot "Drainagen sind zu vermeiden" wird nicht entsprochen.
- Im Rahmen der Checkliste in der Richtlinie sind folgende Punkte nicht erfüllt: Bedarfsermittlung, Beregnung ohne Trinkwassernutzung, Anschluß an ÖPNV.

Weitere Anmerkungen

In einem sehr ähnlich gelagerten Fall auf dem Stadtgebiet von Bad Hersfeld hat der RP Kassel einen Golfplatz abgelehnt. Seine Begründung ist, daß Abweichungen vom Regionalen Raumordnungsplan eines wichtigen Grundes bedürfen. Dieser kann ein Golfplatz nicht sein, wogegen Landwirtschaft, Naturschutz, Wohnraumschaffung und Erholung wichtige Gründe sind, die einem Golfplatz entgegenstehen.

Für das Hofgut Winnerod gab und gibt es Interessenten für eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung nach ökologischen Kriterien, eine naturschutzgerechte Landschaftsgestaltung sowie für Erhalt und Nutzung der Gebäude in einer Art, die sozial verträglicher ist und mehr Arbeitsplätze in der Region schafft. Folglich fällt jedes Argument für den Golfplatz (Arbeitsplätze, Gebäudeerhaltung) weg.

Um der Ablehnung der Golfplatzplanung Nachdruck zu verleihen, sind einige Betroffene auch zum Klageweg bereit. Die aufgezeigten Rechtsfehler dürften vor Gericht in jedem Fall zur Nichtigkeit des Planes führen.

Arbeitsgruppe gibt Golfplatz-Projekt keine Chance

Jörg Bergstedt kündigt im Falle einer Genehmigung Rechtsmittel an — Alternativvorschlag: Ökohof und Werkstätten

Reiskirchen (-). In Kürze wird die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidentium Gießen über den Widerspruch der Gemeinde Reiskirchen in Sachen Golfplatz Winnerod entscheiden. Die Arbeitsgruppe "Ökohof Winnerod" will diese Landschaftszerstörung mit allen Mitteln verhindern und hat bereits einen Rechtsanwalt beauftragt, der bei einer eventuellen Genehmigung sofortige Rechtsschritte einleiten soll. Zugleich hat die inzwischen auf 35 mitarbeitende Personen angewachsene Arbeitsgruppe eine umfangreiche Konzeption für einen Ökohof vorgelegt.

Dem laufenden Verfahren für einen Golfplatz gibt die Arbeitsgruppe keine Chance. Eine Genehmigung wäre ihrer Einschätzung nach vor Gericht kaum haltbar. So sollen sowohl die Planer wie auch die Genehmigungsbehörde bislang die von der hessischen Landesregierung geschaffenen Golfplatzrichtlinien gar nicht beachtet haben. Darin sei eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgeschrieben, die für Winnerod nie erstellt worden sei.

„Wenn das Golfplanungsbüro gegen geltendes

Recht verstößt, ist das noch nachvollziehbar, denn die verfolgen ja ein klares Ziel. Wenn aber die Landesregierung dies ebenfalls tut, so wundern wir uns schon!“, formuliert Jörg Bergstedt aus der Arbeitsgruppe „Ökohof Winnerod“ seine Bedenken und kündigte an, daß sofort Rechtswege beschritten werden, wenn die als fachlich und rechtlich fehlerhaft gewertete Planung doch genehmigt werden sollte.

Statt eines Golfplatzes soll nach Vorstellung der Arbeitsgruppe im Hofgut Winnerod eine bunte Mischung verschiedener Aktivitäten entstehen. Sie reicht von ökologischem Landbau auf der gesamten Fläche mit einem integrierten Naturschutzkonzept über die Weiterverarbeitung von Fleisch- und Milchprodukten sowie Gemüse bis zu einem Hof-Bioladen und Essensservice für ökologisch angebaute Produkte. Mit den Trägern von Krankenhäusern, Altenheimen usw. solle geklärt werden, wie weit Abnahmeverträge zu schließen sind. Landwirte aus der Umgebung sollen in die Vermarktungswege aufgenommen und so unterstützt werden.

Neben der Landwirtschaft sollen im Hofgut ein Tagungshaus mit Seminarräumen, ein Kindergarten, ein Café, kleine Therapieeinrichtungen sowie langfristig eine freie Schule und weitere Werkstätten entstehen.

Für alle Ideen gibt es feste Planungsgruppen, aus denen auch Personen bereit sind, nach Verwirklichung in die vorgesehenen Wohnbereiche im Hofgut einzuziehen und so den Hof mit Leben zu erfüllen. Für die Verwirklichung bestehen bereits konkrete Verbindungen zu möglichen Geldgebern und Betrieben der Umgebung, die mitarbeiten würden.

Auf dem nächsten Treffen der Gruppe, das am Dienstag, dem 14. September, um 19.30 Uhr im Pfarrhaus Winnerod stattfindet, wollen die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Planungen für ihren Bereich vorstellen. Daraus soll erstmals eine exakte Konzeption für den Ökohof Winnerod entstehen. Mit ihr soll auf allen Ebenen um Unterstützung geworben werden. Das Treffen ist, wie immer, offen für alle neuen Interessierten.

Gießener Allgemeine, 28.8.93

2. Papier zu den ökologischen Auswirkungen:

In diesem Papier stellte die AG "Ökohof statt Golfplatz" die gravierenden Umweltauswirkungen des Golfplatzes zusammen. Diese Kritikpunkte sind inzwischen unumstritten - sowohl die Gemeinde wie auch der neue Investor bezeichnen den Plan heute als "indiskutabel" (Investor Reichert am 30.8.). Damals aber hörte niemand auf die UmweltschützerInnen.

Wesentliche Kritikpunkte waren:

Wesentliche Kritikpunkte waren:

- Die geplante Verschwendung von Grundwasser zur Bewässerung.
- Die Einzäunung von Teilen des Geländes.
- Zerstückelung der Landschaft.
- Zerstörung der Natur auf den Spielbahnen.
- Notwendige Versiegelungen und Störungen in den Randbereichen.
- Einsatz von Giften und Düngemitteln.

Der Weg zum neuen Plan

Der von der Gemeinde 1993 verabschiedete und später von der Landesregierung durchgesetzte Plan fand keinen Investor. Nach ca. einem Jahr Bewegungslosigkeit in Sachen "Golfplatz" und verschiedenen Zwischenphasen (z.B. begann Eigentümer Lischka Anfang 1995 mit dem Umbau der Häuser zu Wohnappartements, stellte diese Tätigkeit

aber kurz darauf wieder ein) kam durch das Auftreten eines Bauinteressenten die ganze Sache wieder in Bewegung. Allerdings wurde schnell klar, daß der neue Investor mit Namen Reichert (zu diesem Zeitpunkt wohnhaft in Goldbach bei Aschaffenburg) einen anderen Golfplatz als den im Plan vorgesehenen bauen wollte. Seine Änderungsvorschläge hielten sich zwar im Rahmen des vorgegebenen (Gesamtgröße, Umgrenzung und die Aufteilung in 18-, 9-Loch-Bahn und Übungswiese blieben gleich), jedoch wollte er an anderen Punkten vom Plan abweichen. Zu diesem Zweck mußten die Pläne geändert werden, was ein behördliches Verfahren nach sich zog.

Monatelang wurden alle Verhandlungen geheim durchgeführt. An die Öffentlichkeit gelang davon nichts. Sowohl die Gemeinde als auch die anerkannten, staatsnahen Naturschutzvereine,

"Der ebenfalls geforderte Eingriffsplan für Wasserleitungsarbeiten, zur Abdichtung und Gestaltung derselben, die Renaturierungspläne sowie die geforderten Berechnungen und Nachweise werden in einem gesonderten wasserrechtlichen Verfahren behandelt."

(aus den Abwägungsbeschlüssen zum alten Plan)

"Der Gesichtspunkt des Gewässerschutzes gehört je nach den Umständen des Einzelfalles unabhängig von der Ausweisung eines Wasserschutzgebietes zu den im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigenden abwägungsbeachtlichen öffentlichen Belangen."

(Bundesverwaltungsgericht 1983 in einem ähnlich gelagerten Fall)

Anm.: Winnerod liegt sogar im Wasserschutzgebiet, der RP bemängelte in seiner Ablehnung die ungeklärte Wasserfrage, die Landesregierung wies den RP jedoch an, den Plan dennoch zu genehmigen - rechtswidrig, wie das Urteil des BVerwG zeigt. Leider war niemand für eine Klage zu gewinnen.

Schnelles Verfahren zum neuen Plan

die Kirche Winnerod/Bersrod und beteiligte Behörden spielten im geheimen Ablauf mit und trafen sich mehrere Male mit dem Investor, ohne andere zu informieren: nicht die AnwohnerInnen oder andere Personen, ja nicht einmal die ParlamentarierInnen wurden informiert. Erst im späten Frühjahr 1995 wurde der AG "Ökohof statt Golfplatz" das Gerücht über die schon weit fortgeschrittenen Planungen mitgeteilt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kirche bereits den Beschluß zum Verkauf gefällt - ohne Rücksprache mit Betroffenen. Erst Nachfragen auf verschiedenen Ebene führten zu dem erschreckenden Ergebnis, daß im Geheimen schon weitgehend Tatsachen geschaffen worden waren. Innerhalb von wenigen Tagen reagierte die AG "Ökohof statt Golfplatz". Im "Saasener Dorfboten" erschien zuerst (und deutlich vor den Tageszeitungen, bei denen auch fraglich erscheint, ob sie wirklich nichts gewußt hatten oder absprachegemäß schwiegen) die Meldung vom Verkauf des Kirchenlandes. Die Kirche reagiert sehr erbost auf die Veröffentlichung - nicht der Verkauf (und dazu noch geheim) sei schlimm, sondern die Veröffentlichung dieser Tatsache. Ein Vertreter der Landeskirche lehnte sogar kurzzeitig jedes weitere Gespräch ab, die örtlichen Pfarrer ließen ab diesem Tag gegenüber nachfragenden, kritischen BürgerInnen (auch aus Winnerod) ihre Abneigung gegen Golfplatzkritiker deutlich spüren. Mehrere Personen berichteten von völlig aussichtslosen Gesprächsversuchen mit dem Pfarrerehepaar Fuge, welches verschiedene Personen schroff abwies.

Geheimplanungen

Geheimer Verkaufsbeschluß der Kirche

Kirchenvertreter wechseln die Seite - jetzt gegen die Golfplatzkritiker!

Die Besetzungen des Geländes

Wiederum einige Tage nach dem Bekanntwerden des Verkaufs und der fortgeschrittenen Planungen für den Golfplatz kam es zu einer spontanen Besetzung des Hofgutes und des Geländes vor dem Hofgut. Dabei wurde nichts beschädigt, auch wenn später genau das gerüchteweise (und mit der Absicht der Diffamierung) weitererzählt wurde. Der Noch-Besitzer Lischka versuchte allerdings mit großer Härte, die Besetzung zu beenden. Bereits nach wenigen Stunden wurde das Hofgut erstmals von der Polizei geräumt. Nach einer Lagebesprechung im Freien wurde am Morgen danach die Wiese vor dem Hofgut besetzt. Doch auch hier griff die Polizei auf Anordnung Lischkas schnell zu. Nach einigen Wortgefechten mit den Beamten, in dem diese mit Aussprüchen wie "Putz Dir erstmal die Zähne!" ihre Nervosität deutlich machten, wurde mit einem Polizei-Verhandlungsführer aus Gießen vereinbart, die Aktion auf einer Teerfläche vor dem Gut fortzusetzen. Hier konnte Besitzer Lischka keinen Einfluß mehr nehmen. Drei Tage standen Zelte und Umweltmobil auf der Fläche, an einem Nachmittag spielte die Band "Kain". Ständig wurden Unterschriften gesammelt, AutofahrerInnen informiert sowie der Gottesdienst auf dem Wirberg besucht. Dort erfuhren viele Kirchenmitglieder erstmals von der schon Wochen zurückliegenden Verkaufsentscheidung des Kirchenvorstandes. Dieser hatte seine eigenen Mitglieder weder befragt noch informiert! Das löste bei einigen Gottesdienstbesuchern verärgerte Verwundung aus.

Warnbesetzungen eskalieren durch unverhältnismäßigen Polizeieinsatz:

- Haft
- Mißhandlungen
- Über 50 Verfahren

Gießener Allgemeine, 7.7.95

Polizeieinsatz bei Protest gegen Golfplatz Winnerod

Reiskirchen (gma/gl). Mit wildem Campen und einem Transparent protestierten gestern etwa 20 junge Leute gegen den geplanten Golfplatz Winnerod. Die Gruppe, unter ihnen (siehe Foto Mitte) auch Jörg Bergstedt, hatte eine Wiese am Hofgut besetzt, woraufhin der Gutsbesitzer Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet hat. Polizeibeamte forderten gestern früh die Räumung des Geländes. Die Protestler zogen sich auf eine Fläche neben der Straße zurück und wollten dort zunächst weiter demonstrieren. Als eine zweite Gruppe Beamter eintraf eskalierte die Situation. Personalien wurden festgestellt und Zelte beschlagnahmt. Zwei Personen, die den mitgebrachten Bauwagen von der Wiese entfernen wollten, wurden festgenommen. Die Polizei berichtet von Widerstand bei der Festnahme, die Demonstranten von tätlichen Angriffen. Einer von ihnen mußte angeblich in ärztliche Behandlung.



Während der Besetzung suchten wenige BewohnerInnen Winnerods auf. Die meisten schauten

Harter Polizeieinsatz bei der zweiten Besetzung

Zu Beginn der Sommerferien wurde das Gelände erneut besetzt. Erneut verfügte die Polizei schon nach Stunden, daß das Gelände verlassen werden müsse. Vor dem Ablauf der von ihr gesetzten Frist kehrte sie aber zurück und nahm zwei Personen fest. Diese wurden in Handschellen abgeführt, auf der Polizeistation Grünberg mißhandelt und dann für einige Stunden in Einzelhaft gehalten. Eine Erlaubnis, auf der Teerfläche die Demonstration fortzusetzen, wurde diesmal nicht erteilt. Insgesamt (erste und zweite Besetzung) wurden über 50 Verfahren wegen Hausfriedensbruch bzw. "wildem Campen" (spannende Konstruktion!) eingeleitet. Polizei und Justiz wurden so zu Erfüllungsgehilfen des Golfplatzbaus. Aufgrund dieses brutalen Vorgehens der Polizei wurden keine weiteren Besetzungen durchgeführt. Friedlich-kreative Aktionen, die nichts zerstört und niemanden direkt gestört haben, sind durch harten Polizeieinsatz unmöglich gemacht worden. Es bleibt die Frage, ob das für die GolfplatzgegnerInnen nicht zu Überlegungen führen muß, fortan unerkannt zu agieren ...

Raddemo am 30.8.95

Am 30. August fand eine Raddemo von Gießen zum Rathaus Reiskirchen und schließlich nach Winnerod statt. Am Rathaus und bei der Kirche wurden je 600 Unterschriften gegen den Golfplatz überreicht. Allerdings nahm diese am Rathaus nur ein Vertreter der oppositionellen GRÜNEN entgegen, am Pfarrhaus wurden die Demonstrantinnen von Pfarrerin Fuge kühl empfangen, ein Gespräch entstand nicht. Winneröder BürgerInnen beteiligten sich nicht, wohl aber einige ReiskirchnerInnen aus allen Altersschichten.

Der Fortgang der Planungen

Tagespresse bringt Jubelartikel über den Golfplatz

Nach der Veröffentlichung im "Saasener Dorfboten" stieg auch die Presse ein und veröffentlichte umfangreiche, den Golfplatz als Glücksbringer für Winnerod hochjubelnde Artikel. Der Investor wurde als Familienvater, der der Menschheit mit dem Golfplatz etwas Gutes tun will, dargestellt. Platz für Kritik war in den Texten nicht. Auch die Kirche veröffentlichte nun in ihrer Zeitung die Gründe für die Entscheidung zum Verkauf. Zu diesem Zeitpunkt war zwar der Beschluß zum Verkauf gefallen, der Vertrag aber noch nicht unterzeichnet.

Währenddessen wurden die nichtöffentlichen Behördentermine abgeschlossen. Auch die Naturschutzvertreter stimmten dem Plan zu. Daraufhin einigten sich Gemeinde und Regierungspräsident, die Planänderung als vereinfachtes Bauleitverfahren durchzuführen. Das bedeutete die totale Ausgrenzung der Öffentlichkeit. Kein Mensch außer den Gremien der Gemeinde und den Behörden sollte am weiteren Fortgang beteiligt werden.

Die parlamentarische Debatte

Nichtöffentliches Planverfahren

Mitte September beschäftigte die Planänderung den Gemeindevorstand. Dieses Gremium setzte fest, daß ein vereinfachtes Verfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden sollte. Die AG "Ökohof statt Golfplatz" informierte davon die Presse - kein Artikel erschien! Wenige Tage später wurde in einer Parlamentssitzung der Bürgermeister kritisiert, daß er nicht einmal die gewählten Gemeindevertreter davon informiert habe, daß der Investor das Hofgut nicht kaufen werde und seine Erhaltung so nicht gesichert sei. Der Bürgermeister gab zu, davon schon länger gewußt zu haben.

Im Oktober 1995 lag dann der geänderte Bebauungsplan 7.1 "Golfplatz Winnerod" den Gemeindegremien zur Beschlußfassung vor. Die Abstimmungsprozesse zwischen den Behörden sowie mit den nachwievorgolfplatzbefürwortenden Naturschutzverbänden waren zu diesem Zeitpunkt schon bis auf das wasserrechtliche Verfahren beendet.

Debatte im Umwelt- und Bauausschuß

Am 4. Oktober befaßten sich zunächst der Umwelt- und der Bauausschuß in gemeinsamer Sitzung mit dem Plan. Dafür war der Chef des Planungsbüros "Georg Böhm Golf Consulting GmbH" (ausgestattet mit Krawatte voller Golfmotive) eigens angereist, stellte sich jedoch nicht als der eigentliche Planer heraus. Den neuen, gegenüber dem Ausgangsplan veränderten Plan, erstellte eine Planerin (Dipl. Ing. A Gerardi) aus Bonn, Böhm selbst wohnt in Aßling (Bayern). Böhm stellte zunächst den Plan vor und wiederholte seine Kritik am bisherigen Plan. Dann erläuterte er die Veränderungen, die nun mit dem neuen Golfplatzkonzept eintreten würden:

- Geringere Wegestrecken zwischen den Golfbahnen, dadurch kürzere Wege für die Golfer und geringerer Flächenverbrauch.
- Geringere Zerstückelung der nicht durch den Golfbetrieb in Anspruch genommenen Flächen, wodurch eine verbesserte Situation für den Naturschutz erwartet wird.
- Verlegung der Driving Range (Übungswiese) in ein Gebiet, wo die öffentliche Gefährdung geringer ist.
- Verzicht auf eine Entnahme von Grund- oder Trinkwasser, Sammlung des Frühjahrshochwassers in Zisternen.
- Keine Zäune und keine Anwendung von Giften (Zitat: "Außer wenn Klee oder ähnliches auftritt").
- Der Bachlauf vom Igelsteich soll im Tal in sein ursprüngliches Bett zurückverlegt werden. Das wurde als Naturschutzmaßnahme gewertet.

Nach diesem Vortrag über die Vorteile des neuen Planes ließ es sich Planer Böhm nicht nehmen, einmal seine persönliche Meinung über den Golfsport zum Besten zu geben. Unter anderem schwärmte er davon, daß irgendwann einmal jede Gemeinde ihren Golfplatz haben könnte.

In der folgenden Debatte zeigten viele der anwesenden Ausschußmitglieder erhebliche Unkenntnis über die einzelnen Planungsinhalte. Böhm nannte den bisherigen Plan, mit dem die Gemeinde das Bauleitverfahren durchgestanden hatte, "nicht ganz nachvollziehbar" und kritisierte fehlende Naturschutzgesichtspunkte. Zudem schwärmte Böhm von den Naturschützern "im Raum Gießen". "Ich habe selten so eine positive Zusammenarbeit erlebt". Insgesamt gäbe es auf dem neuen Plan nun 33ha Golfbahnen sowie 67ha dazwischenliegende Flächen, "Naturschutzflächen", wie Böhm sie nannte.

Nach dem Vortrag meldete sich Gernot Seyfert, für die SPD im Umweltausschuß der Gemeinde (und auch Umweltausschußvorsitzender im Kreistag), zu Wort. "Es gibt Leute, die sind aus ideologischen Gründen gegen Golf. Die sagen: Golf ist Sünde", begann er seine Rede und versuchte damit, den GolfplatzkritikerInnen Sachargumente abzusprechen. Sodann fuhr er fort, daß er selbst gerne in Winnerod Golf spielen würde und er "diesen Sport faszinierend" findet. Auf die Problempunkte ging er nicht ein. Das tat keiner von CDU, SPD und FWG (wobei ein Vertreter der Letzteren gegen den Golfplatz stimmte). Bürgermeister Döring verkündete, daß er nie ein Verfechter des Golfplatzes gewesen sei (Zitat: "Mir wäre es egal gewesen, ob da Golf gespielt werde"). Jetzt aber, wo der Bebauungsplan rechtskräftig sei, sollte man ihn auch erfüllen.

Zum Ende der Debatte nannte Planer Böhm noch die Kosten für den Ausbau ("ca. 5 bis 5,5 Mio. DM") und gab zu, daß "ein Golfplatzbau eine schreckliche Baustelle ist". Sodann stimmten der Bau- und der Umweltausschuß in getrennten Abstimmungen mit jeweils 2 Gegenstimmen (von GRÜNEN und FWG) dem geänderten Plan zu.

Am 11. Oktober fand dann in der Sport- und Kulturhalle Ettingshausen die entscheidende Parlamentssitzung statt. Hier wurden die Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse verkündet. Eine Darstellung des Planes fand nicht mehr statt. Zunächst sprach Hans Stumpf für die CDU und gab deren Zustimmung bekannt. Bedenken äußerte er zu der nicht gesicherten Zukunft der Gebäude und verwies darauf, daß ursprünglich der Golfplatz vor allem die Gebäude retten sollte. Jetzt käme der Golfplatz, aber das eigentliche Ziel sei nicht erreicht. Zitat Stumpf: "... aber nun kann man nicht mehr zurück". In die gleiche Kerbe schlug anschließend FWG-Chef Albach. Er verkündete, daß die FWG bislang gegen den Golfplatz gestimmt habe, nun aber die meisten FWGler sich enthalten würden. Auch er sprach das Problem der Gebäude an und formulierte: "Wir würden dann die Investoren bitten ...", daß Hofgut zu erhalten. Für die SPD sprach wieder Seyfert, wiederholte seine Lobreden auf den Golfsport ("ich freue mich auf den Golfplatz") und fügte noch an: "Man kann davon ausgehen, daß sich dort eine sehr lebendige Fauna und Flora einfinden wird". Auch er bekannte, mit der Nichtsicherung des Hofgutes Probleme zu haben: "Wir hoffen auch, daß das Hofgut einen Investor findet".

Heidi Hagemann-Haag von den GRÜNEN griff dann in ihrer Rede die anderen Fraktionen an. Tatsächlich, so behauptete sie, seien die Fraktionen gar nicht so handlungsunfähig. Es sei ganz einfach, diesen das Hofgut nicht rettenden Plan zu verhindern - sie müßten nur jetzt dagegen stimmen: "Lassen Sie uns den Plan ablehnen und einen seriösen Investor bzw. eine ganz andere Nutzung für das Hofgut suchen!"

Die einzige Nachfrage kam aus der FWG. Der Bürgermeister wurde gefragt, wer denn nun was gekauft hätte und nutzen wollte. Bürgermeister Döring verweigerte in bekannter Manier die Aussage und zog sich auf den Datenschutz zurück (was nicht stimmt, siehe Kommentare zur Gemeindeordnung, die der Bürgermeister sicher kennt). Hans Stumpf ergriff daraufhin das Mikrofon und beantwortete die Frage aus seinem Wissenstand. An der Abstimmung änderte das nichts mehr: SPD und CDU geschlossen für den Golfplatzplan, FWG geteilt (1 dafür, 1 dagegen, 4 Enthaltungen), GRÜNE geschlossen dagegen.

Alle Parteien bedauern, daß Hofgut nicht gerettet werden konnte, stimmen aber überwiegend trotzdem für den Plan

Parlament: Gleicher Ablauf wie im Ausschuß

Protest von den GRÜNEN

Bürgermeister verschweigt wieder, was er weiß

Die Entlarvung der Lügen

Eine Reihe von Lügen vor allem aus dem politischen Raum (vor allem seitens Bürgermeister Döring) sowie der Presse (vor allem "Anzeiger") sind in der Chronologie bereits erwähnt worden. Mit dem neuen Plan und neuen Investor kommt nun eine völlig neue Qualität ins Spiel: Das gesamte Vorgehen, die benannten Konzepte und vieles mehr sind insgesamt ein Lügengebäude, um Kirche, Politik, Behörden und Presse auf die eigene Seite zu ziehen.

Investor Reichert war es in einer kaum vorstellbar kurzen Zeit gelungen, mehrere bisherige Golfplatzgegner zu seinen Unterstützern zu machen. Dazu gehört vor allem der Kirchenvorstand Bersrod/Winnerod, den er mit einem scheinbar ökologisch verträglichen Konzept zum Landverkauf bewegt hat.

Golfinvestor trifft auf Golfkritiker

Am Mittwoch, den 30. August, führten einige GolfplatzkritikerInnen zum Abschluß einer Rad-demonstration gegen den Golfplatz ein längeres Gespräch mit dem Investor. Sie versuchten, seine Aussagen aufzulisten sowie die Ergebnisse der Überprüfungen möglichst knapp und präzise zu beschreiben. Insgesamt verlief das Gespräch sehr ruhig. Herr Reichert ist ein außerordentlich geschickter und beherrschter Rhetoriker, der es auch versteht, seine Diskussionsgegner in seine Überlegungen einzubeziehen, ihnen sogar Teile der Mitgestaltung anzubieten. Wo ihm nicht gleich eine passende Antwort einfiel, folgte standardmäßig, routiniert und ohne Verzögerung der Satz: "Wissen Sie, ich bin da ganz offen und ehrlich ...".

Die Recherchen der dann folgenden Tage gingen von verschiedenen Personen aus. Dabei wurden teilweise Telefonate geführt unter Decknamen, z.B. als interessierte Immobilienfirma, als Golfjournalist usw., um die Wahrheit herauszufinden. Nur mit diesen Mitteln war es möglich, den raffinierten Tricks auf die Schliche zu kommen. Im folgenden sind Aussagen des Herrn Reichert und die Wahrheit gegenübergestellt. Es wird deutlich: Insgesamt hat der Investor ein Lügenge-bäude aufgebaut, alle Beteiligten entweder getäuscht oder (was vor allem bei der Presse, der gan-zen oder Teilen der Kirche in Winnerod bzw. Landeskirche und dem Bürgermeister unterstellt werden muß) einbezogen.

Aussage und Wahrheit - gegenübergestellt

Aussage von Herrn Reichert: Es gibt drei Investoreninteressenten.

Herr Reichert behauptet, ein ökologisch verträgliches Konzept für einen Golfplatz zu haben. Er gibt durchaus zu, daß dieses natürlich un-verträglich ist als gar kein Golfplatz (und stattdessen z.B. biologische Landwirtschaft), er verweist dann aber auf die Gegebenheiten, daß dann, wenn er nicht bauen kann, ein anderer Investor einen viel schlimmeren Golfplatz baut. Dabei erwähnt er zwei weitere Investoren, die sogar gegenüber dem Vorbesitzer Lischka eine Kaufoption abgegeben hätten. So sei auch für ihn das Problem entstanden, einen hohen Preis zahlen zu müssen, um mitbieten zu können.

Die Wahrheit: Es gibt keinen weiteren Investor. Sie sind von Herrn Reichert erfunden.

Grundsätzlich: Es erscheint unglaubwürdig, daß Herr Lischka bei gleichem Preis überhaupt dem später hinzugekommenen Investoren den Zuschlag erteilt. Herr Lischka interessiert sich bekanntermaßen gar nicht für ökologische Themen.

Telefonat von Jörg Bergstedt am 31. August mit Pfarrerin Petra Fuge, mit folgendem Verlauf:

Begrüßung. Ich bitte die Pfarrerin um Antwort zu einigen Fragen. Frau Fuge erklärt sich dazu bereit.

Sodann frage ich, ob es neben Herrn Reichert noch zwei Investoreninteressenten gibt?

Pfarrerin Fuge antwortet mit: "Ja."

Ich frage, ob ihr diese Investoren persönlich bekannt sind?

Pfarrerin Fuge antwortet hier: "Nein."

Meine nächste Frage ist, ob Frau Fuge die Namen bekannt der anderen zwei Investoren bekannt sind bzw. sich diese schon irgendwann mal bei ihr gemeldet haben?

Pfarrerin Fuge verneint erneut.

Meine letzte Frage lautet, warum Frau Fuge überhaupt davon ausgeht, daß es die anderen Investoren gibt?

Petra Fuge antwortet nach längerer Pause: "Es ist uns so gesagt worden."

Darauf bedanke ich mich für das Gespräch.

In einem weiteren Telefonat zwischen Pfarrer Jürgen Fuge und Jutta Sundermann am 4.9. bestätigt Herr Fuge, daß auch er keinen Investor direkt kennt und Herr Reichert selbst die Information von anderen Investoren weitergegeben hätte. Reichert hätte gesagt, er habe eine no-tarielle Bestätigung über die Existenz weiterer Investoren.

Am 8.9. rief eine Person unter dem Decknamen eines Golfjournalisten bei Herrn Lischka an und fragte nach den weiteren Investoren, da sie einen Bericht über das Investitionsklima für Golfplätze schreiben wolle. Herr Lischka sagte zunächst, es gäbe nur einen weiteren Investor und nannte dann auch Nachfrage den Namen Nattemann. Auf weitere Nachfrage gab er zu, daß diese Investorin bereits seit Jahren aus dem Rennen sei, folglich kein weiterer Investor existiere.

Aussage von Herrn Reichert: Ich habe das Hofgut komplett gekauft und kümmere mich um die Erhaltung. Ich will aber nur die vorderen Ställe nutzen.

Die Wahrheit: Der größte Teil des Hofgutes gehört Herrn Lischka, dieser will demnächst an eine Hotelkette verkaufen.

Grundsätzlich: Diese Aussage brachte Herr Reichert als Argument, warum es sich nicht lohnen würde, noch zur Pfarrerin zu gehen und im Rahmen der Raddemo die Kirche aufzurufen, nicht zu verkaufen. Damit signalisierte er ein Interesse, daß es keine Verbindungen der Kir-che zu den Golfplatzgegnern gibt. Offenbar ist es ihm wichtig, an die Grundstücke zu kommen.

Am 1.9. berichtet uns ein Reiskirchener, von Karl Kräter erfahren zu haben, daß Herr Reichert die überwiegenden Teile des Hofgutes nicht erworben hat (identisch mit Pressemeldung).

Am 6.9. erfolgt unter dem Decknamen einer Immobilienfirma ein Anruf bei Herrn Lischka, um Interesse an einem Kauf des Hofgutes anzu-melden. Herr Lischka berichtet, daß er nachwievor den größten Teil des Hofgutes besitzt und auch selbst verkaufen wird. Er hat mehrere In-teressenten an der Hand und wird in den nächsten Wochen entscheiden. Geplant ist ein 100-Betten-Hotel, eventuell mit Zusatz-Freizeitein-richtungen. Herr Lischka bietet dem Anrufer sofort das Haus mit 9000 qm Fläche an. In einem zweiten Telefonat unter Decknamen (zur Kon-trolle) ist Herr Lischka dann zögerlicher gewesen in Sachen Verkaufszusatzpunkt des Hofgutes. Offenbar gibt es doch noch keinen sicheren Verkäufer, so daß auch die Gefahr besteht, daß das Hofgut weiter verfällt.

Aussage von Herrn Reichert: Die Kirche hat das Land bereits verkauft.

Die Wahrheit: Kein Vertrag und auch keine verbindliche Vereinbarung existieren.

Grundsätzlich: Diese Aussage brachte Herr Reichert als Argument, warum es sich nicht lohnen würde, noch zur Pfarrerin zu gehen und im Rahmen der Raddemo die Kirche aufzurufen, nicht zu verkaufen. Damit signalisierte er ein Interesse, daß es keine Verbindungen der Kir-che zu den Golfplatzgegnern gibt. Offenbar ist es ihm wichtig, an die Grundstücke zu kommen.

Noch während des anschließenden Gesprächs stellten wir Herrn Reichert die Frage, ob es einen Vertrag mit beiden Unterschriften und ei-ner notariellen Beglaubigung gäbe. Das verneinte er, behauptete dann aber, es gäbe etwas Gleichwertiges. In der weiteren Diskussion gab er am Ende zu, gar nichts zu haben außer einem Brief, in dem die Kirche ihm mitteilt, zum Verkauf bereit zu sein. Weiterhin unterstellte er damit, daß die Kirche nicht mehr ohne Schadenersatzpflicht aus dem Verkauf rauskäme - eine völlig absurde Annahme ohne jegliche juristi-sche Grundlage.

Aussage von Herrn Reichert: Das Hofgut steht nicht unter Denkmalschutz.

Die Wahrheit: Das Hofgut steht unter Ensembleschutz, das Herrenhaus unter vollem Denkmalschutz.

Grundsätzlich: Diese Aussage fiel auf die Zweifel, daß Herr Reichert überhaupt in einem Gebäudeteil den Golfclub planen würde. Im weite-ren Verlauf stimmte er dann zu, daß das Gebäude unter Ensemble-Schutz stehe.

Aussage von Herrn Reichert: Kein Hotel im Herrenhaus und umgebenden Gebäuden.

Er möchte kein Hotel im Hofgut (nur als Notlösung), sondern am liebsten ein soziales Wohnprojekt mit der Kirche. Er stünde aber auch an-

deren Ideen aufgeschlossen gegenüber, auch wir könnten Vorschläge machen oder das Hofgut selbst nutzen. Er wolle daran auch nichts verdienen, sondern nur den Kaufpreis zurückerhalten.

Die Wahrheit: Reichert hat keinen Einfluß darauf und weiß, daß es anders geplant ist.

Grundsätzlich: Es gibt bereits Zweifel an der Grundaussage, daß er überhaupt das Hofgut gekauft hat (siehe oben).

Im Verlauf des Gesprächs dann wurde er gefragt, wieviel Geld er haben wollte. Nach anfänglich unklaren Aussagen ließ er sich auf ca. 3 Millionen festnageln. Diese Summe ist als Betrag für nur Teile des Hofgutes völlig abwegig und macht deutlich, daß er tatsächlich kein Interesse an Wohnprojekten u.ä. hat. Bei der Summe von 3 Millionen plus ja anfallende Sanierung ist schon vorher klar, daß es dafür kein realisiertes Konzept gibt. Möglicherweise dient das Hofgut dem Investor zum Ködem von Kritikern, indem er diesen anbietet, deren Ideen einzuplanen. Später lassen sie sich "leider nicht verwirklichen".

Inzwischen ist sicher, daß Herr Reichert gar nicht Besitzer der entsprechenden Gebäude ist und daher seine Aussagen über ein Gebäude trifft, auf daß er keinen Einfluß hat. Alle Angebote seinerseits sind daher schlicht gelogen.

Aussage von Herrn Reichert: Kein Grundwasser für die Golfplatzbewässerung.

Für den Golfplatz wird kein Grundwasser abgepumpt, sondern nur das Regenwasser von Winnerod sowie das Frühjahrshochwasser in großen Zisternen gesammelt. Außerdem soll das Wasser vom Hofgut verwendet werden.

Die Wahrheit: Nichts dieser Art ist bislang verbindlich vorgesehen.

Technisch ist die Sammlung des Regenwassers in Winnerod tatsächlich möglich, weil hier ein gesonderter Sammler für Regenwasser gelegt wurde. Zweifel sind aber angesagt, zumal Herr Reichert das Hofgut gar nicht gehören wird, so daß dessen Wasser auch nicht sicher nutzbar ist.

Aussage von Herrn Reichert: Demnächst Baubeginn.

Die notwendigen Regenwasserzisternen werden demnächst gebaut (vor dem Tor Richtung Lindenstruth). Eine Baugenehmigung wäre dafür nicht nötig.

Die Wahrheit: Stimmt nicht.

Ein Telefonat mit dem Bauamt der Gemeinde Reiskirchen am 31. August ergab, daß eine Baugenehmigung notwendig wäre.

Aussage von Herrn Reichert: Die Kirchenflächen wären für den Golfplatz gar nicht nötig.

Die Wahrheit: Er kämpft mit allen Mitteln um die Kirchenflächen.

Grundsätzlich: Auch im Plan von Herrn Reichert sind Bahnen auf den Kirchenflächen eingetragen.

Das Verhalten von Herrn Reichert in einigen anderen Punkten zeigt, daß ihm sehr an einem Verkauf und dafür auch an Unstimmigkeiten zwischen Golfplatzgegnern und Kirche gelegen ist.

Aussage von Herrn Reichert: Die Kirche sagte, es gäbe keinen Widerstand gegen den Golfplatz.

Der Kirchenvorstand hat bereits vor dem Beschluß zum Verkauf auf seine Frage, ob es Golfplatzgegner gibt, geantwortet, daß es nur "einen Spinner gibt, den aber niemand ernst nimmt".

Die Wahrheit: Herr Reichert hat nie gefragt.

Im Telefonat am 31. August sagt Pfarrer Jürgen Fuge, daß dieser Satz so nicht gesagt wurde. Möglich ist auch hier, daß Herr Reichert mit seiner Bemerkung Zwietracht zwischen Golfplatzgegnern und Kirchenvorstand säen wollte. Das zeigt: Erstens ist er sich nicht sicher, das Land schon zu haben. Zweitens braucht er das Kirchenland.

Diese Gegenüberstellung von Aussagen und Prüfungsergebnissen wird nach der Erstellung der Öffentlichkeit präsentiert - jedoch mit negativem Erfolg: Die Presse erscheint nicht zum eingeladenen Gespräch und veröffentlicht auch nach Übersendung nur kurze Einspaltentexte bzw. gar nichts. Das Pfarrerehepaar Fuge äußert zwar Interesse und trifft sich nochmals mit einem der Golfplatzkritiker. In diesem Gespräch deuten die Pfarrer auch an, daß solche Täuschungen schon ein Grund wären, den Verkaufsbeschluß zurückzunehmen. Bereits wenige Tage später aber zeigen sie wieder das altbekannte, abweisende Verhalten. Wenig später beschließt der Kirchenvorstand, den Beschluß zum Verkauf aufrechtzuerhalten. Zudem will er keinen weiteren Kontakt zu den Golfplatzgegnern. Politische Gremien diskutieren die Entlarvung der Lügen gar nicht. Die Gegenüberstellung findet ihn keinem Gremium Platz. Wider Erwarten hat auch die Enthüllung, daß die ganze Idee des neuen Golfplanes nur auf Lügen basiert, keinerlei Wirkung.

Die Presse schafft wenige Tage später sogar die Krönung: Über die Enthüllungen wird fast gar nichts veröffentlicht, dafür aber widmet der "Anzeiger" ohne weitere Recherche dem Golfplatz eine ganze Seite - ausschließlich in positiver Darstellung. Die "Allgemeine" führt ein Gespräch mit dem Investor und veröffentlicht erneut dessen Lügen bzw. unterläßt die Mitteilung, daß Herr Reichert in zwei Punkten sogar die Richtigkeit der Recherchen bestätigt hat: Er gibt zu, daß es keine weiteren Investoren gibt. Zudem behauptet er, daß Herr Lischka "schon ein alter Mann ist, der nicht immer weiß, was er redet" (so mitgeteilt von der Allgemeinen-Redakteurin am Telefon). Beide Punkte erscheinen nicht in der Zeitung. Stattdessen wurde dort ohne Überprüfung behauptet, daß der Investor Reichert eine Klage wegen etwaiger Falschbehauptungen gegen die Golfplatzkritiker führen wolle. Diese Klage gibt es bis heute nicht, in der Presse aber reichte dieser Grund, daß Reichert mit Verweis auf das angebliche "schwebende Verfahren" nicht zu den Enthüllungen Stellung nehmen mußte. Stattdessen wurden erneut Versprechungen und falsche Ankündigungen zum Golfplan verbreitet.

Nebestehender Vorlaut ging an die Tages- und Wochenpresse, Funk und Fernsehen sowie Agenturen - ohne Wirkung!

Nach der Veröffentlichung des Kirchenvorstandsbeschlusses zum Grundstücksverkauf in Medien der prof. Medienstadt hatte die Tagespresse sowie die Heimatzeitung (wöchentlich) mehrfach in großen Berichten über den Golfplatz und den Golfinvestor berichtet. Nur kurz waren die Texte über die zwischenzeitlichen Besetzungssaktionen. In den Presseberichten hatten viele der falschen Behauptungen des Herrn Reichert als Tatsache gestanden - offenbar hatten die Redakteurinnen die Angaben nie recherchiert (wofür werden die eigentlich bezahlt?).

Als nun deutlich wurde, daß die Angaben des Herrn Reichert falsch waren, brachte die Tagespresse nur jeweils einen kurzen einspaltigen Text, wo genaue Angaben erneut fehlen. Stattdessen folgten große (im Anzeiger ganzseitig) Artikel pro Golfplatz. In der Heimatzeitung fand sich sogar nur ein solcher Text, in dem unter anderem die Golfplatzkritiker für etwas kritisiert wurden, was in der Heimatzeitung nie abgedruckt war.

Verhandlungen mit Hotelkette und Kir. über Nutzung des Herrenhauses

Reiskirchen (gl). Nachdem in den letzten Wochen eine Gruppe um Jörg Bergstedt gegen den geplanten Golfplatz in Winnerod mobil gemacht hat, hat sich nun der Investor Robert Reichardt zu Wort gemeldet. Er erläuterte im Gespräch mit dieser Zeitung Einzelheiten des Projekts, betont jedoch, daß er sich damit in keiner Weise wegen der von den Golfplatzgegnern fälschlich erhobenen Beschuldigungen (siehe AZ-Bericht vom 12. September) rechtfertigt. Er habe rechtliche Schritte gegen Bergstedt eingeleitet, wolle diese jedoch nicht näher kommentieren, da es sich um ein schwebendes Verfahren handle. Ihm ist es wichtiger, das Golfplatz-Projekt vorzustellen, auf die in Sachen Naturschutz gemachten Zugeständnisse hinzuweisen und so mögliche Zweifel zu zerstreuen.

Die Frage nach den Vorwürfen der Lüge durfte Reichert in der Presse abtun mit der (erneut falschen) Behauptung, er hätte gerichtliche Schritte eingeleitet. Die Presse glaubte es und war zufrieden.

**Obiger Presstext:
Gleßener Allgemeine, 23.9.95**

Zwischenphase: Alles normal?

Nach den Pressebelobigungen des Investors Reichert sowie seines Golfplatzkonzeptes tritt Ruhe ein - höchstens hinter den Kulissen wird weiter an der Verwirklichung gearbeitet. Tatsächlich aber passiert mehr, als bekannt wird. Erst Ende August kommt die Wahrheit ans Licht: Investor Reichert scheitert, kann die offenen Rechnungen nicht bezahlen und zieht sich aus dem Projekt zurück. Presse und Politik, die Reichert hochleben ließen, schweigen. Offenbar ist es ihnen peinlich - denn recht behalten hatten einmal mehr die GolfplatzkritikerInnen, die Reichert schon frühzeitig als vertrauensunwürdig entlarvten.

Die Chronologie des Reichert-Abgangs, soweit er bekannt ist:

25. März

Letzter Auftritt von Reichert in der Öffentlichkeit im Rahmen einer Vorstellung im Bürgerhaus von Reiskirchen. Reichert stellt Golfplatz und sein hauptamtliches Team vor. Politiker aus CDU und SPD sowie einzelne Firmen, die Bauaufträge erhoffen, preisen Konzept und Personen, biedern sich dem Investor an und kritisieren die GolfplatzgegnerInnen. Die entrollen ein Transparent mit der Aufschrift "Der Lügenbaron von Reiskirchen" - gemeint ist Investor Reichert.

3. Mai

Josef Lischka stellt einen Bauantrag für den Übungsplatz und den 9-Loch-Platz an das Kreisbauamt. Da ein solcher Bauantrag etliche Arbeit bedeutet, muß schon einige Wochen vorher definitiv festgestanden haben, daß Reichert als Investor aussteigt.

22. Mai

Das Gemeindeparlament beschließt trotz schwerer Verfahrensfehler (Nichtbeteiligung des Denkmalamtes) den im Auftrag von Ex-Investor Reichert erstellten neuen Bebauungsplan Winnerod. Von Reicherts Ausstieg wird nichts mitgeteilt.

18. Juni

Die Gemeinde Reiskirchen erhält den Bauantrag von Lischka zur Stellungnahme. Seit diesem Tag ist sie spätestens über den Investorenwechsel informiert.

Ca. 2. Juli

Umfangreiche Protestaktionen in Winnerod und Bersrod gegen den Golfplatzbau (u.a. Parolen an der Bürgerhalle in Bersrod, wo am 3. Juli die Gemeindeversammlung stattfindet).

Chronologie des Abgangs vom Lügen-Investor Reichert

Zur Person Lischka

Josef Lischka wohnt auf Hof-Güll und bewirtschaftet dort sowie andernorts etliche 100 Hektar Ackerflächen mit konventionellen Methoden. Dabei fährt er teilweise große Maschinen von Ort zu Ort. In Winnerod scheiterte er mit dieser Methode umweltunverträglichen Landbaus schnell an den flachgründigen Hangböden.

Lischka selbst war Auftraggeber der Golfplanungen der Deutschen Golfconsult, die 1993/94 rechtskräftig wurden, obwohl der Regierungspräsident eklatante Planungsfehler brandmarkte. Dieser Plan berücksichtigte auch in den Augen von Golfreunden ökologische Belange kaum.

Gegenüber den GolfplatzgegnerInnen (Kirche Winnerod/Bersrod, GolfplatzbesetzerInnen) trat Lischka in der Vergangenheit mehrfach sehr hart auf, andererseits führte er Verhandlungen mit der AG "Ökohof statt Golfplatz" über einen Verkauf des Hofgutes.

Im Dezember 1993 erlaubte Lischka der AG "Ökohof statt Golfplatz" Renovierungsmaßnahmen am Herrenhaus in Winnerod, untersagte diese jedoch kurz vorher wieder, als Vertreter der Gemeinde Reiskirchen Lischka dazu aufforderten.

2. August

Lischka stellt einen weiteren Bauantrag, diesmal auf Stufenbaugenehmigung für einen ersten Bauabschnitt.

16. August

Lischka erhält diese Stufenbaugenehmigung - nach einer Bearbeitungszeit von 14 Tagen (einschließlich Postweg).

Ca. 16.-18. August

Erneute Protestaktionen gegen den Golfplatz. Der Spruch "Dieser Golfplatz wird teuer" wird auf eine Wand gemalt.

19. August

In der Redaktion des "Gießener Anzeigers" kommt das Gerücht an, daß Investor Reichert ausgestiegen ist. Redakteur E. Goltze recherchiert und veröffentlicht tags drauf die Pläne von Lischka sowie den Baubeginn 2 Wochen später. Der Name Reichert wird in Goltzes Text nicht mehr erwähnt, sein Ausstieg verschwiegen. Nur aus dem wörtlich abgedruckten Beitrag Lischkas zu der Drohung vom teuren Golfplatz ist dieses zu entnehmen.

20. August

Der "Anzeiger" veröffentlicht die Pläne von Lischka ganzseitig. Die BürgerInnen von Winnerod, der Ortsbeirat von Winnerod, viele ParlamentarierInnen von Reiskirchen und die Öffentlichkeit erfahren erst jetzt, daß der hochgelobte Investor ausgestiegen ist.

Lischka nimmt Kontakt zur AG "Ökohof statt Golfplatz" auf.

21. August

Die Redaktion des "Widerhaken" erfährt vom Ausstieg des Investors und beginnt mit der Recherche ...

27. August

Bürgermeister Döring behauptet, erst vor 14 Tagen offiziell vom Ausstieg des Investors erfahren zu haben.

**Rechts (einschl. Rückseite):
Im Parlament am 22. Mai verteiltes
Flugblatt.**

Tricks und Lügen im Parlament

Während dieser Abläufe, die ja erst zwischen dem 19. und 27. August recherchiert und offengelegt wurden (wobei die beiden Tageszeitungen den Wechsel des Investors auch dann noch nicht veröffentlichten, sondern ihn schlicht ganz verschwiegen), kam es kurz vor einer weiterer Ab-

Widerstand gegen den Golfplatz!!!

22.05.96

AG "Ökohof statt Golfplatz"
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/5651

Alles Lüge!

Mit schmutzigen Tricks versuchen Reiskirchens Politbosse und die Investoren, den Golfplatz Winnerod durchzudrücken. Sie belügen dabei nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die gewählten ParlamentarierInnen.

So ist in der Beschlußvorlage zur Gemeindevertreterversammlung behauptet:

"Es wird festgestellt, daß die vorgesehenen Änderungen und Ergänzungen nicht die Grundzüge der Planung ... berühren und kein Beteiligter den Änderungen und Ergänzungen fristgerecht widersprochen hat."

20. Betreff

Bebauungsplan Nr. 7.1 "Golfplatz Winnerod"
hier: Beschluß über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes gem. § 13 BauGB

30. Beschlußvorschlag

Es wird festgestellt, daß die vorgesehenen Änderungen und Ergänzungen nicht die Grundzüge der Planung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 "Golfplatz Winnerod" berühren und kein Beteiligter den Änderungen und Ergänzungen fristgerecht widersprochen hat.

Aufgrund des § 10 i. V. m. § 13 Abs. 1 des Baugesetzbuches wird die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 "Golfplatz Winnerod", bestehend aus Planzeichnung und dem Text, als Satzung beschlossen. Die dazugehörige Begründung wird gebilligt.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 "Golfplatz Winnerod" gem. § 12 BauGB bekanntzumachen.

Die Wahrheit:

Das Landesdenkmalamt vertritt die Belange des Denkmalschutzes und ist Beteiligter entsprechend den gesetzlichen Vorschriften. Das Landesdenkmalamt hat von Beginn an den Golfplatz als unvereinbar mit den Zielen des Denkmalschutzes dargestellt. Dieses Votum ist bereits in früheren Abstimmungen verschwiegen worden und war daher leider auch den Golfplatzkritikern nicht bekannt. Betroffen vom gleichen Fehler ist auch das 1. Änderungsverfahren (Beschluß im November 1995).

Auch diesmal ist das Landesdenkmalamt gesetzeswidrig erst nach der Anhörung der anderen Träger öffentlicher Belange angeschrieben worden. Ein Fax des Architekten Leidner erreichte die zuständige Bearbeiterin erst am 15. April, also 5 Tage nach der Beschlußvorlage an die Gemeindevertreterversammlung. Bereits 11 Tage später antwortete das Amt an den Gemeindevorstand Reiskirchen:

"Sehr geehrte Damen und Herren, zunächst wird unsererseits festgestellt, daß die grundsätzlichen Bedenken gegen den o.a. Bebauungsplan in unseren diesbezüglichen Stellungnahmen bestehen bleiben. ... Insofern kann auch der vereinfachten Änderung gem. § 13 Baugesetzbuch nicht zugestimmt werden, da unsere grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Vorhaben inhaltlich nicht ausgeräumt werden konnten." (Brief vom 26.4.1996)

Insofern kann auch der vereinfachten Änderung gem. § 13 Baugesetzbuch nicht zugestimmt werden, da unsere grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Vorhaben im Verfahren inhaltlich nicht ausgeräumt werden konnten.

Alle die in den diesbezüglichen Schreiben geäußerten Bedenken werden weiterhin geltend gemacht.

Ein Skandal ist auch die Aufhebung des Denkmalschutzes für die Gebäude um das Herrenhaus (und damit auch der eigentlich prägenden Vorderfront). Nach mündlichen Aussagen des Landesdenkmalamtes hat es sich von Beginn an gegen den Golfplatz gewendet, weil das Hofgut ein hervorragendes, landwirtschaftliches Denkmal sei. Durch den Golfplatz werde die Umgebung durch Parkplätze usw. ohnehin so verschandelt, daß ein Denkmalschutz aus ursprünglicher Sicht wegfällt.

Dieses bedeutet: Ein Denkmalschutz wird dann aufgehoben, wenn er gebrochen wurde. So einfach ist das.

Die nun vorliegenden ersten Planungen bestätigen jedoch die von den Denkmalbehörden geäußerten Bedenken. Da der Denkmalwert des Hofgutes als Gesamtanlage durch die genannte Nutzung jedoch so radikal beeinträchtigt wird, diese jedoch nicht zu verhindern ist, haben wir uns entschlossen, dem Hofgut den Denkmalwert als Gesamtanlage gem. § 2 Abs. 2 abzuspochen. Lediglich das Herrenhaus bleibt als Kulturdenkmal gem. § 2 Abs. 1 bestehen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

*mit dem dahinter liegenden
Klein. Pad*

Wir stellen fest:

Die Vorlage an die Gemeindevertretung vom 10.4. ist eine Lüge. Es hat bei einer Baumaßnahme an einem denkmalgeschützten Gebäude eine besondere Wichtigkeit, das Landesdenkmalamt zu beteiligen. Daß dies nicht geschah, kann daher nicht als Versehen bewertet werden. Es ist Absicht. Den Politikbossen (Bürgermeister, Gemeindevorstand, vielleicht wenige andere) und dem Golfplatzinvestor mit seinem Planungsbüro sowie dem von ihm bezahlten Architekten Leidner ist klar gewesen, daß das Landesamt eine Ablehnung schreiben würde. Daher haben sie das Amt wissentlich nicht beteiligt. Das ist ein Gesetzesverstoß im Amt.

Zu den Ausreden des Bürgermeisters in der Presse (gestern und heute zu lesen), etwaige Verfahrensfehler seien Schuld des Planungsbüros, ist zu sagen: 1. Der Brief des Landesamtes für Denkmalschutz ging an den Gemeindevorstand. 2. Rechtlich verantwortlich für ein korrektes Verfahren bleibt die Gemeinde. Daß die schwachen Gegenargumente des Bürgermeisters wiederum mit Beschimpfungen der kritischen BürgerInnen verbunden sind, ist eine trostlose Fortsetzung eines offenbar inzwischen "normalen" Politikstils.

Das Verhalten des Bürgermeisters und einiger weniger Eingeweihter, deren Zahl noch festzustellen ist, zeigt, daß hier Personen am Werk sind, die mit verbrecherischer Energie Politik betreiben. Sie belügen nicht nur die Menschen in Reiskirchen, sondern bewiesenermaßen auch die gewählten GemeindevertreterInnen.

Die AG "Ökohof statt Golfplatz" hat daher gegen den Bürgermeister der Gemeinde Reiskirchen und "Unbekannt" eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht. Außerdem ruft sie den Regierungspräsidenten auf, dem Plan wegen bewiesener Lügen und daher der deutlichen Verfälschung im Abwägungspunkt Denkmalschutz die Genehmigung zu verweigern.

Den ParlamentarierInnen bleibt es überlassen, die Politverbrecher an ihrer Spitze zu stoppen und auf den Weg der Gesetze und der Achtung des Parlamentes zurückzubringen. Unterläßt das Parlament dieses, so stellt es für sich selbst fest, ein bedeutungsloses Anhängsel der Politmacher zu sein, da es sogar akzeptiert, belogen zu werden.

An die BürgerInnen Reiskirchens, insbesondere Winnerods, sowie an alle weiteren Personen und Gruppen der Region ergeht unser Aufruf, mit vereinten Kräften das Machwerk "Golfplatz" zu verhindern!

Es bleibt dabei:



Nein, danke!

stimmung im Reiskirchener Gemeindeparlament zu einer weiteren Enthüllung. GolfplatzkritikerInnen erfuhren, daß bei den Planungen ein wesentlicher Fehler unterlaufen war - und zwar absichtlich. Beide neuen Verfahren, die den Plan von Investor Reichert parlamentarisch absegnen lassen sollten, wurde ohne Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt. Das geht schneller und läßt KritikerInnen außen vor. Einem solchen "vereinfachten Verfahren" müssen aber alle Träger öffentlicher Belange zustimmen. Das fiel in den meisten Fällen auch leicht - die bis 1993 (Amtsantritt des CDU-Umweltdezernenten Schmied) noch golfplatzkritische Untere Naturschutzbehörde war ohnehin gleichgeschaltet, die anerkannten Naturschutzverbände (HGON, BUND, NABU usw.) seit Jahren weder beim Golfplatz noch bei anderen Planungen im Landkreis aufmüpfig. Immerhin wurde beim Naturschutzbund aber der Reiskirchener Vorsitzende übergangen, der dem Projekt kritisch gegenüberstand. So hatten die Golfplaner nach kurzer Zeit alle Träger öffentlicher Belange auf ihrer Seite - bis auf einen: Das Landesamt für Denkmalschutz. Und von dort war auch keine Zustimmung zu bekommen. Die DenkmalschützerInnen hielten und halten einen Golfplatz für unvereinbar mit dem Schutz des alten Hofgutes Winnerod. Um dennoch ohne Öffentlichkeitsbeteiligung planen zu können, wurde das Denkmalschutzamt nicht gefragt und in die Planungsunterlagen geschrieben, daß alle zugestimmt hatten. Bei der Abstimmung im Parlament am 11. Oktober 1995 fiel das niemandem auf, und auch am 22. Mai, als erneut eine Änderung beschlossen werden sollte, schien alles glattzugehen. Nur die GolfplatzgegnerInnen paßten erneut auf: Sie fragten beim Denkmalamt nach und erhielten die deutliche Auskunft, daß man dort gegen das Projekt sei und nicht gefragt wurde. Dieses wurde dann hektisch nachgeholt, aber das "Nein" einfach nicht mehr beachtet. Beide Pläne enthalten damit einen wesentlichen Verfahrensfehler.

Fehler im Planverfahren:

Denkmalamt nicht beteiligt

Öffentlichkeit hätte beteiligt werden müssen

Aber: Trotzdem wird alles durchgezogen!

Lischkas Golfplatz - sein neues Konzept

Ein Besuch

Der neue Investor und langjährige Besitzer des Hofgutes Winnerod, Josef Lischka, besuchte am 19.8. die Familie Weber in Reiskirchen. Hier ihr Bericht:

"Am Montag den 19. August 96 suchte uns Herr Lischka, der "Neu bzw. Wieder-Besitzer" des Hofgutes Winnerod gegen 17 Uhr auf. Der Grund war ein Friedensangebot an die Golfplatzgegner. Er erklärte sich bereit, mit Herrn Bergstedt und den Golfplatzgegnern zu reden, und bat uns um Vermittlung.

Warum? Herr Lischka berichtete uns, daß es einige wichtige Änderungen gäbe. Wir waren ziemlich überrascht, als wir hörten, daß Herr Reichert nichts mehr mit dem Golfplatz zu tun habe. Seine Finanzierungspläne seien schiefgegangen, und die Grundstücke der Kirche habe Herr Reichert auch nicht bezahlt. Nun müsse er selbst mit der Kirche verhandeln - Kauf oder Grundstücksumlegung. Um nach einer "rekordverdächtigen" Planungszeit von zehn Jahren den Golfplatz nun doch noch endlich verwirklichen zu können, habe er selbst den Bauantrag eingereicht, der auch schon genehmigt wurde.

Anfang September werden die Maschinen rollen. Da der Golfplatz nun nicht mehr aufzuhalten sei, sollte man doch Frieden schließen und als gute Demokraten die Entscheidungen akzeptieren, zumal es der einzige Weg sei, das Hofgut zu erhalten. Er habe doch alles versucht und keine andere Möglichkeit gefunden - für die Landwirtschaft sei der Acker zu schlecht ... Eine Zeit lang habe er Studenten im Hofgut wohnen gehabt, die leider vieles kaputt gemacht haben.

Auf die Frage nach dem Ökohof bekamen wir zur Antwort, daß einmal verhandelt worden sei und er auch nicht abgeneigt gewesen sei, an die Ökogruppe zu verkaufen, er jedoch dann nichts mehr von ihnen gehört habe.

Aktionen im Parlament

Die GolfplatzkritikerInnen zogen am 22. Mai ins Parlament, verteilten Flugblätter und entrollten ein Protest-Transparent, wo die Lügen kritisiert wurden. Das schuf einen Eklat: Die Parlamentsdebatte wurde unterbrochen, die SPD (!) verließ aus Protest den Saal. Der Ältestenrat konnte sich auf Maßnahmen nicht einigen. Schließlich rollten die DemonstrantInnen ihr Transparent wieder selbst ein. Die ParlamentarierInnen beschlossen trotz allem mit großer Mehrheit den Plan.

Schon einen Tag später wußte der Pressesprecher des Regierungspräsidiums, daß alle ordnungsgemäß sei - zu diesem Zeitpunkt hatten seine Fachabteilungen mit der Prüfung der Vorgänge noch gar nicht begonnen. Auf den Brief, in dem die AG "Ökohof statt Golfplatz" alle Fehler offenlegte, ging das Regierungspräsidium gar nicht ein. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde wegen der offensichtlichen Fälschung der Planungsunterlagen quittierte Landrat Veit, der SPD-Parteifreund des Bürgermeisters ist, nicht nur mit ei-

Döring geht gegen Lügenbaron-Transparent

Jörg Bergstedt protestierte in der Gemeindevertretung gegen die Verfahrensweise in Sachen Golfplatz Winnerod

BURKHARDSFELDEN (ww). „Der Zwei-Lügenbaron von Reiskirchen“ stand auf dem Transparent, das der Leiter der Projektwerkstatt Saasen, Jörg Bergstedt, mit einem seiner Mitdemonstranten am Mittwochabend während der Gemeindevertreterversammlung in Burkhardtsfelden demonstrativ entfaltete. Aufgrund der Protestaktion von Bergstedt verließ die SPD geschlossen den Raum. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Manfred Schmitt, sorgte nach einem Gespräch mit Bergstedt dafür, daß das Tuch, auf dem

sichtlich der Änderung des Bebauungsplans, Bergstedt geht in dem Protestbrief noch einmal darauf ein, daß die Denkmalschutzbehörde auch bei der Golfbahnverlegung hätte gehört werden müssen.

Der Pressesprecher des Regierungspräsidiums, Manfred Kersten, betonte gestern, daß die Verfahrensweise der Gemeinde Reiskirchen ordnungsgemäß sei. Bezüglich der Golfbahnverlegung, die die Obere Denkmalbehörde angehört werden muß, geht es

Bauantrag mit den neuerlich geplanten Veränderungen, wie die Hinführung von Glasgängen zum Herrenhaus, aufrecht erhalten würde. Dann müßte die Genehmigung des Regierungspräsidenten wegen der Bedenken des Denkmalschutzamtes eingeholt werden. Der Pressesprecher des RP

Gegner des Golfplatzes, eine neue Konzeption existiere. An der der Freien Wähler sei der Golfplatz Arbeit gesichert. Die Konzeption

Der Golfplatz wird gebaut und zwar Zug um Zug. Die Renovierarbeiten an Gebäudeteilen des Hofgutes haben schon begonnen. Es wird auf jeden Fall das Hofgut erhalten, wie uns Herr Lischka beteuerte. Es entstehen Wohnungen für Mitarbeiter des Golfplatzes. Ein Hotel im Herrenhaus wäre auch in Planung. Zunächst wird jedoch ein 9-Lochplatz und ein Übungsgelände angelegt, worauf nächstes Jahr schon gespielt werden könne. Wichtig: Es wird kein elitärer Golfplatz wie in Licht, sondern ein Golfplatz für "jedermann" mit nur einem Jahresbeitrag von DM 3.000,-. Laut Herrn Lischka werde diese Konzeption von der Bevölkerung gut angenommen. Man sollte auch nicht vergessen, daß etliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Vor einigen Tagen waren wieder einmal Wände des Hofgutes beschmiert worden. Durch die Aufschrift "Der Golfplatz wird teuer" fühle er sich persönlich bedroht, sagte Lischka. Wir gaben ihm zu verstehen, daß sich für die Golfplatzgegner nichts ändere, solange ein Golfplatz gebaut werde! Soviel zu Herrn Lischkas Ausführungen."

ner Ablehnung, sondern seinerseits mit heftigen Angriffen gegen die GolfplatzgegnerInnen. Seine Ausführungen gipfelten in der Behauptung, deren "Verhalten trägt sicherlich nicht dazu bei, die allenthalben zu verzeichnende Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft abzubauen und das gerechtfertigte Vertrauen in die Tätigkeit der Mitglieder der kommunalen Organe und Mitarbeiter der Verwaltungen aufrechtzuerhalten". Wenn schon sonst niemand mehr die Politiker lobt, tun sie es halt selbst ... und an der Politikverdrossenheit sind nicht die Politiker schuld, sondern die, die deren Fehler aufdecken. So einfach ist das!

Michael Weber

"Kleinkrieg" mit dem Gemeindevorstand

Aufgrund der massiven Kritik gegenüber den Gemeindegremien sah sich der Gemeindevorstand veranlaßt, eine grundsätzliche Ausgrenzung der Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen auszusprechen. Damit sollten die GolfplatzgegnerInnen getroffen werden, die die Projektwerkstatt als ihre Arbeitsplattform nutzen. Der Gemeindevorstand beschloß:

Aktionen der Projektwerkstatt Saasen

Der Gemeindevorstand ist aufgrund der fast ständig auftretenden Probleme und Schwierigkeiten mit der Projektwerkstatt Saasen (Angriffe auf kommunale Gremien, Bgm. u.a.) für das Aussehen und die Außendarstellung der Gemeinde der Meinung, daß - bei entsprechenden Anträgen der Projektwerkstatt Saasen - keine finanzielle sowie materielle Unterstützung seitens der Gemeinde (...) zu gewähren sind.

Ebenfalls soll eine Teilnahme der Projektwerkstatt bei gemeindlichen Veranstaltungen (wie z.B. Krämer-, Weihnachtsmarkt, Ferialspiele usw.) ausgeschlossen werden.

Im übrigen wird der Prüfantrag an die Verwaltung erteilt, den mit der Projektwerkstatt Saasen abgeschlossenen Pachtvertrag für das Gartengrundstück in der Gemarkung Saasen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Abstimmungsergebnis: Beschlossen

**Beschluß des
Gemeindevorstandes**

Die Konsequenzen dieses Beschlusses ergaben sich klar:

- Die Projektwerkstatt und mit ihr kooperierende Gruppen erhalten keinerlei Unterstützung mehr (finanziell war sie ohnehin noch nie erfolgt). So wurden zwei zugesagte Zeltausleihen kurzfristig vor der Veranstaltung wieder abgesagt.
- Die Projektwerkstatt und mit ihr kooperierende Gruppen werden von allen Veranstaltungen ausgegrenzt.
- Als Begründung wird ausschließlich die Kritik am Bürgermeister bzw. an Gemeindegremien angeführt. Es werden keinerlei Verstöße gegen Gesetze, Marktordnungen, Zuschußrichtlinien usw. angeführt. Damit ist klar, daß hier versucht wird, Meinungsfreiheit einzuschränken und dafür gleich verschiedene Gruppen und Personen undifferenziert in einen Topf zu schmeißen.

Meinungsfreiheit eingeschränkt

Wenige Tage später erreichte die Gemeinde ein Schreiben eines Rechtsanwaltes, der gegen den Beschluß Widerspruch einlegte. Auszüge aus seinem Schreiben an den Bürgermeister:

"Ein derartiger Beschluß Ihres Gremiums überrascht uns inhaltlich, insbesondere aber in rechtlicher Hinsicht ... Es dürfte Ihnen entgangen sein, daß ... (Verweigerung der Dienstleistungen, die Red.) nur von sachgemessenen Voraussetzungen abhängig gemacht werden kann. Bei der Festlegung der Kriterien sind aber insbesondere die Grundrechte zu beachten. Wir können nicht erkennen, daß Ihr oben genannter Beschluß sich an diesen Kriterien orientiert. ... Wir vertreten darüberhinaus die Auffassung, daß Ihrem Gremium jene Beschlußfassung überhaupt nicht obliegt. ... Ehe von hieraus rechtliche Weiterungen eingeleitet werden, geben wir Gelegenheit zur Stellungnahme."

Gemeinde nimmt Beschluß zurück

Die Antwort des Bürgermeisters ließ nicht lange auf sich warten. Er bat um Verständnis für die Verärgerung des Gemeindevorstandes und behauptete dann, daß die Gemeinde die Projektwerkstatt schon oft unterstützt hat, z.B. mit Zuschüssen (was nicht stimmt!). Den Beschluß hebt er auf: "Der Beschluß ist jedoch nur dahingehend auszulegen, daß zukünftige Anträge Ihres Mandanten einer verstärkten Überprüfung durch die Gemeindevertretung, Gemeindevorstand sowie Verwaltung unterliegen ...". Eine Nachfrage bestätigte, daß ein genereller Ausschluß nicht mehr gegeben sei. Zudem zahlte die Gemeinde der Projektwerkstatt inzwischen Schadenersatz für die Verweigerung der Zeltausleihe.

Aktionen gegen Projektwerkstatt

Weitere Aktionen gegen die Projektwerkstatt: Ausschluß von den Ferialspielen, mehrfacher Versuch des Bürgermeisters (männlich!) eine Mitwirkende der Projektwerkstatt von der Frauen-Infobörse bzw. aus dem Reiskirchener Frauenkabarett auszuschließen. Eindrucksvoll war auch der Versuch, einen Kritiker des Golfplatzbaus per Unterlassungserklärung zu verbieten, weiter Gemeindegremien zu kritisieren (bei Nichtbeachtung je 5000,- DM Strafe). Ein Rechtsanwalt formulierte unter Androhung einer Klage und mit Rechnung für die entstandenen Auslagen von über 850,- DM dieses Verbot weiterer Kritik aus - bezahlt mit Steuergeldern?

**Unfares Gerichtsverfahren gegen
Golfplatzgegner**

Golfgegner vor Gericht

Während Investor Reichert ausstieg und die ersten Baumaschinen rollten, mußten sich zwei Golfplatzgegner vor Gericht verantworten. Grund: Ihr Mitwirken bei den Golfplatzbesetzungen im Sommer 1995. Den Gerichtsprozeß gegen einen von ihnen beschrieb ein Zuhörer:

(sg). Am 28.8.96 fand im Amtsgericht Gießen der erste von zwei Prozessen gegen Gegner des geplanten Golfplatzes in Winnerod statt. Nicolas L. hatte sich wegen angeblichen Widerstands bei der Festnahme und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten.

Am 5. und 6. Juli 1995 hatte ein Protest-Camp gegen den Golfplatz auf einer unbewirtschafteten Wiese neben dem Hofgut in Winnerod stattgefunden. Am Morgen des zweiten Tages wurden die UmweltschützerInnen gegen 8.30 von der Polizei aufgefordert, die Wiese zu räumen. Bis zum Nachmittag sollten die Zelte, wie auch das Umwelt-Aktionsmobil, ein umgerüsteter Bauwagen, von der Flä-

che entfernt sein. Außerdem wurden die Personalien aufgenommen.

Um ca. 10.30 Uhr, als die Golfplatzgegner im Begriff waren, das Mobil abzubauen und fortzuschaffen, wurden sie erneut von anderen Polizeibeamten besucht, für die dies der erste Einsatz des Tages am Hofgut in Winnerod war. Wiederum wurden die Personalien der Protestler verlangt. Diese sahen dazu keine Veranlassung. "Wäre die Polizei zehn Minuten später gekommen, wären wir weg gewesen, wie vereinbart." Als Jörg Bergstedt, einer der Aktivisten, den Schlüssel des Traktors abziehen wollte, nachdem ihm die Festnahme eröffnet worden war, wurde jener gewaltsam zu Boden gerissen und mit Handschellen versehen. Der Polizist rechtfertigte sein Handeln im nachhinein damit, eine Flucht verhindern zu wollen.

Nicolas L. wollte nach eigenen Angaben diese Gewalthandlung an seinem Mitstreiter näher betrachten. Als Hilfeleistung für den Festgenommenen wurde seine Absicht vom Polizisten aufgefaßt. Nach mehrfachem Zurückstoßen wurde auch Nicola L. mit dem Kopf in die Wiese gedrückt und die Arme auf dem Rücken gefesselt.

Laut Anklageschrift widersetzte sich der Golf-Gegner bei dieser "Fixierung", es hieß, er hätte um sich geschlagen und getreten. Der betroffene Polizist erlitt hierbei eine kleine Wunde am Finger.

Richter Johannes Dittrich verurteilte den Angeklagten zur Zahlung von 30 Tagessätzen à 20 DM, obwohl der betroffene Polizist M. der einzige gewesen ist, der die Gewalthandlungen Nicolas bezeugen konnte. Alle anderen Polizisten hatten den Vorfall entweder nicht gesehen oder nur gehört, da ihr Augenmerk auf Jörg Bergstedt gerichtet war.

Von den Zeugen, die der Angeklagte benannt hatte, konnte eine Person das Geschehen verfolgen und keine Gewalttätigkeiten erkennen. Hinzu kommt noch, daß der Angeklagte selbst die vorgeworfene "Tat" bestreitet.

Also 2:1 für FC Golfgegner, oder?! Aber Richter Dittrich wollte dem Polizisten mehr glauben; dazu paßten auch seine polemischen Bemerkungen, die sich gegen die Golfplatzgegner richteten (wie etwa, daß Nicolas L. doch seine Intelligenz für etwas Besseres nutzen solle, als für solche Protestaktionen). Das Urteil in diesem Schauprozess schien von Beginn an festgestanden zu haben.

Unverschämte waren auch die Anspielungen gegen Jörg Bergstedt, dem ständig versucht wurde, eine Art Rädelsführerschaft bei der Protestaktion zu unterstellen. Interessant wird sein, wie sein Prozess verlaufen wird, der die gleiche Anklage hat wie Nicolas L. Bergstedt hat also den gleichen Finger verletzt, obwohl er drei Meter weiter Gras fressen durfte, oder wie?!

Der Angeklagte ging in Berufung. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Der zweite Prozeß kam gar nicht zum Ende. Die Polizeibeamten widersprachen sich, die Verteidigung forderte die Benennung von EntlastungszeugInnen ein, die zunächst nicht gehört werden sollten. Eine Neuauflage ist unklar. Der "Gießener Anzeiger" aber berichtete dennoch, daß der Angeklagte sogar alle Vorwürfe (Beleidigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte usw.) zugegeben hätte.

Der Baubeginn

Ursprünglich sollte es am 4. September losgehen. In den Tagen davor wurden Wiesenflächen gemäht. Doch in der Nacht zum 4. zogen Unbekannte einen Graben über den Feldweg, der zu den Flächen führt. Der Baustart fiel aus, jedoch nur für kurze Zeit. Bereits eine Woche später begann der Einsatz schwerer Maschinen. Große Mengen Erde wurden abgetragen, woanders aufgehäuft. Auf der betroffenen Fläche (geplante Übungswiese östlich des Hofgutes) gibt es kaum eine Fläche, die ihre ursprüngliche Bodenstruktur haben. Jahre- bis jahrhundertlang gewachsene Böden, wichtiger Teil eines jeden Ökosystems, sind zerstört. Dieses Verfahren wird auf die gesamte Fläche von 108 Hektar übertragen. Auch wenn später in vielen Bereichen wieder Wildwuchs zugelassen wird, ändert das nichts mehr daran: Die gewachsenen Böden sind auch dort zerstört worden, alle Flächen sind von der ständigen Ruhestörung betroffen - gewachsene, miteinander vernetzte Rückzugsräume für seltenere Arten bestehen nicht.

Ab Mitte September erzittert in Winnerod die Erde - kein Erdkrümel bleibt am alten Platz!

Störaktionen

Den Baubeginn begleiteten einige, kleinere Störaktionen - das Entfernen von Meßpfählen, Sprühen von Sprüchen usw. Diese konnten die Arbeiten am Übungsgrün aber nicht maßgeblich beeinflussen - zu stark war der alles niederwalzende Eingriff durch große Maschinen. Die Investoren und Planer aber sind sich selbst auch im klaren, daß spätere Arbeiten hier mehr Schaden anrichten können - z.B. dann, wenn die empfindlichen Greens angelegt werden.

Kleine Aktionen gegen den Baubeginn

Mitte Oktober kam es auf Bitten der Golfplatzbauer zu einem ersten Gespräch mit den KritikerInnen - vermittelt hatte ein Redakteur des "Blick auf Reiskirchen", in dem die Golfplatzthemen des häufigeren benannt wurden.

Dialog

Die Tagespresse berichtete über den Baubeginn nicht. Die Golfplatzbauer unterließen es auch, sie ausdrücklich einzuladen. Alle wußten: Der Bau ist keine Werbung für den Golfsport, zu deutlich sind die massiven Eingriffe in die Landschaft. GolfplatzgegnerInnen luden daher am 13. Oktober 1996 zu einer öffentlichen Begegnung der Baustelle.

Die beiden Lokalzeitungen "Blick auf Reiskirchen" und "Saasener Dorfboten" blieben aber immer unzensurierte Informationsquelle für einen Teil der AnwohnerInnen.

Besondere Betrachtungen

Die Politzirkel in Reiskirchen

Der Golfplatzplan: Beispiel für Kungel, Lügen und Bürgerferne in der Reiskirchener Politik

Hauptagitator pro Golfplatz: Bürgermeister Döring (SPD)

Golfplatzkritiker werden unter Fraktionszwang gesetzt

Mehrheit in Winnerod gegen das Projekt

Lügen des Bürgermeisters

Verheimlichungen

Keine Diskussion um Alternativen in politischen Gremien

Die Gemeinde Reiskirchen ist offiziell Planungsträger. Ein Golfplatz kann grundsätzlich nur über einen vollwertigen Bebauungsplan verwirklicht werden. Im Fall des Golfplatzes Winnerod ist eigens ein Plan nur für den Golfplatz (ohne den "Rest" des kleinen Dorfes Winnerod) erstellt worden. Vorantreibende Kraft war neben dem Besitzer des Hofgutes, der sich erheblichen Gewinn vom Verkauf versprach, immer vor allem der Bürgermeister Reiskirchens, Klaus Döring (SPD), sowie die Spitzen der beiden größten Parteien, SPD und CDU. Die FWG verhielt sich wechselhaft, die GRÜNEN sind, seit sie ins Parlament einzogen, Gegner des Golfplatzes. Insbesondere aus der SPD ist aber bekannt, daß eine Reihe von Parlamentsmitgliedern gegen den Golfplatz eingestellt waren, jedoch ohne Ausnahme immer für selbigen stimmten - offenbar unter dem Druck der "Parteioberen" (Fraktionszwang, auch sonst leider normal).

Die Gemeindegremien selbst haben über die gesetzlich festgelegten Notwendigkeiten hinweg nie eine breite Beteiligung der BürgerInnen durchgeführt. Nicht einmal die Winneröder EinwohnerInnen wurden gesondert befragt, die Voten des Ortsbeirates spielten in Ausschüssen und Parlament keine Rolle. Tatsächlich gab es nur zwei Befragungen der Menschen in Winnerod, einmal seitens der Kirche, zum zweiten durch die GRÜNEN Reiskirchen. In beiden Fällen stimmte eine Mehrheit gegen das Großprojekt. Auch der Ortsbeirat selbst sprach sich in den entscheidenden Phasen gegen den Golfplatz aus, verzichtete aber durch Zaghaftheit oder Unwissen auf formale Schritte gegen die Gemeindeführung.

Ein besonderer Kämpfer für den Golfplatz war Bürgermeister Döring - auch wenn er das heute gern anders darstellt. In der Hochphase des Widerstandes setzte er auch ein von ihm insgesamt oft verwendetes Mittel ein: Die Lüge. Mit falschen Aussagen verstand er es, die BürgerInnen ruhig zu halten, GolfplatzkritikerInnen zu diffamieren sowie positive Seiten des Golfplatzes zu konstruieren. Entscheidende Lügen waren:

- Die öfter wiederholte Behauptung, die Investoren ständen "Gewehr bei Fuß" - auch in Phasen, als dieses nachweislich falsch war.
- Die Behauptung, die Alternative einer Nutzung als Ökohof komme nicht in Frage, weil der damalige Besitzer mit der Arbeitsgruppe "Ökohof statt Golfplatz" nicht verhandeln würde. Tatsächlich hatte es zu dem Zeitpunkt bereits mehrere Verhandlungen über den Kauf des Gutes samt Land gegeben.

Im Parlament verweigerte der Bürgermeister des öfteren Fragen von Parlamentariern und zog sich auf den Datenschutz zurück. Dieses Argument ist jedoch, wie Kommentare zur hessischen Gemeindeordnung zeigen, falsch und eine reine Schutzbehauptung. Unübersehbar war, daß Döring auch gewählte Politiker der Gemeinde gezielt in Unkenntnis ließ - nicht nur die GRÜNEN, sondern alle Parteien (einschließlich der "Hinterbänkler" der SPD, die sich in Gesprächen immer wieder als weitgehend ahnungslos über den Fortgang der Golfplatzplanungen zeigten).

Wie groß das Umfeld des Bürgermeisters, sprich die Zahl der Eingeweihten war, ist unbekannt. Insgesamt erscheint die Kungelrunde, die Reiskirchens Politikfäden zieht, sehr klein. Selbst Personen wie der CDU-Fraktionsvorsitzende oder SPDler in den thematisch damit befaßten Ausschüssen waren ganz offensichtlich ständig nicht informiert. Aus diesem Kreis wurden in der Auseinandersetzung zwischen Gemeinde und der AG "Ökohof statt Golfplatz" des öfteren stark diffamierende Äußerungen über die AG verbreitet - es entstand bei einigen Reiskirchenern, ganz besonders in Winnerod, der Eindruck, daß es alles dreckige, chaotische Personen, vor allem Kinder seien. Aus dem Mund einiger Winneröder BürgerInnen konnten Mitwirkende der AG dieses direkt erfahren. Als mit symbolischen Besetzungen gegen den Golfplatz protestiert wurde, wurden besonders gezielt Lügen verbreitet, so z.B. daß die Besetzer im Herrenhaus und am Tor des Hofgutes erhebliche Schäden hinterlassen hätten. Kein einziges Mal dagegen setzten sich die offiziellen Politiker (Bürgermeister, Ausschüsse) mit den Alternativvorschlägen der AG "Ökohof statt Golfplatz" auseinander. Dann hätten sie erfahren, daß Biolandwirte mit langjähriger Betriebserfahrung den Ökohof aufbauen wollten - und eben nicht chaotische Kinder. Aus der Runde der "Mächtigen", eventuell vom Bürgermeister selbst, müssen auch die Gespräche (nach Aussagen von Besitzer Lischka mehrere!) ausgegangen sein, die Anfang Dezember 1993 eine Renovierungsaktion des Hofgutes verhinderten (siehe Chronologie). Zwei Gründe für dieses Verhalten sind möglich: Erstens die Angst, die AG "Ökohof statt Golfplatz" könnte durch die gute Tat an Renomee gewinnen und die Lüge von den bösen Chaoten zusammenbrechen, sowie zweitens das Interesse am Zerfall des Hofgutes, weil es den Interessen von Golfplatzinvestoren eher im Weg stand.

Ein möglicher Hinweis, warum in den "Macht"kreisen der Gemeinde der Golfplatz befürwortet wurde, kann in der Entstehungsgeschichte zu finden sein. Damals waren es vor allem heimische Bau- und Planungsfirmer, die das Projekt verwirklichen wollten (unter anderem die Firma Brück, Burkhardtsfelden). Sowohl die Ablehnung der überwiegenden Bevölkerung als auch die Ein-

schränkung der Naherholungs- und Baumöglichkeiten (für Gemeindeführer meist wichtiger als Naturschutzargumente) hätten die Gemeinde eher zu einer ablehnenden Haltung bringen müssen. Steuereinnahmen sind ohnehin nicht nennenswert zu erwarten. Eine denkbare Erklärung wären auch Bestechungen, direkte Versprechungen usw. - allerdings gibt es dafür keine Beweise. Was fehlt ist nur das Motiv für den Golfplatzbau. Die AnwohnerInnen wollen ihn nicht, für die Gemeinde bringt er nichts - warum ist er vorangetrieben worden?

Von den Parteien war die SPD in der offiziellen Darstellung am stärksten für den Golfplatz engagiert. Die größten Teile der SPD-Parlamentarier taten dieses jedoch allein aus Unterwürfigkeit gegenüber den Fraktions- und Parteichefs (wobei selbst ein Willy Banken, damals SPD-Vorsitzender, im Jahr 1993 gegen den Golfplatz eingestellt war). Privat gegen den Golfplatz, stimmte die SPD in der Regel einhellig für den Golfplatz bzw. die notwendigen Planungsschritte. Wie wichtig der SPD das Thema Golfplatz war, läßt sich aus den Koalitionsversuchen nach der Kommunalwahl Anfang 1993 ersehen. Hier verlor die SPD ihre Mehrheit und versuchte, mit den GRÜNEN eine Koalition zu bilden. Das scheiterte einzig am Punkt "Golfplatz". Daraufhin stimmten CDU, FWG und GRÜNE mehrfach gemeinsam ab, weshalb die SPD fast alle ihrer bisherigen Gemeindeämter (Ausschußvorsitzende, Erster Beigeordneter usw.) verlor - der Golfplatz war wichtiger. Auch daraus könnte geschlossen werden, daß viel im Spiel war (Versprechungen, Geldflüsse ...?).

SPD als Hauptbefürworter des Golfplatzes

In der CDU war ebenfalls von Beginn an eine recht eindeutige Pro-Golfplatz-Position vorhanden. Wie in der abschließenden Debatte zum neuen Plan formuliert wurde, geschah dieses aus Sorge ums Hofgut. Dennoch stimmten alle (!) CDUler letztendlich für einen Plan, der das Hofgut nicht rettet. Auch hier muß unterstellt werden, daß die wahren Gründe für die Zustimmung zum Golfplatz nicht bekanntgegeben wurden.

CDU ebenfalls pro Golfplatz

Die FWG bezog zum Golfplatz nie eine ausgeprägte Stellung. Bei der abschließenden Abstimmung stimmten ihre Fraktionsmitglieder unterschiedlich, die Mehrheit enthielt sich.

FWG unentschieden

Bemerkenswert war ein Abstimmungsvorgang Ende November im Gemeindevorstand. In diesem geheim tagenden Gremium stand ein Antrag auf Grundstücksteilung auf der Tagesordnung. Es ging um das Grundstück, auf dem die Gebäude des Hofgutes selbst stehen. Mit diesem Antrag wurde zum einen formal klar, daß der Investor immer gelogen hatte und tatsächlich das Hofgut nicht genutzt werden sollte (wie oft dürfen reiche Leute lügen, bis ihnen keiner mehr glaubt?). Zum anderen aber hatte diese Abstimmung nicht mehr mit dem Golfplatz zu tun, sondern es ging um die Frage: "Darf der Investor den Golfplatz bauen und das Hofgut sich selbst überlassen?" Angesichts der vollmundigen Erklärungen, der Golfplatz solle das Hofgut retten, wäre mit einer einstimmigen Ablehnung zu rechnen gewesen. Wie aus den Parteien zu hören war, kam es aber anders: Die SPD (!) stimmte geschlossen für die Grundstücksteilung, während sich die anderen Parteien enthielten oder dagegenstimmten. Bei nur 5 Ja-Stimmen (alle SPD) und 4 Nein sowie 2 Enthaltungen kam der Antrag durch. Mit Recht darf folglich behauptet werden: Die Gemeinde mehrheitlich und die SPD im besonderen wollen einen Golfplatz um jeden Preis, das Hofgut interessiert sie nicht (siehe auch die Verhinderung der Renovierung am 6.12.1993). Mit dieser Abstimmung wiederholt sich der "Fall Lich". Zum zweiten Mal in der Region schleimen sich Golfer mit der Versprechung einer Denkmalsanierung ein - und machen es hinterher einfach anders. Nur: Diesmal wußten es die PolitikerInnen schon vorher - und machten mit! Gleiches gilt für die Presse.

Abstimmung pro Grundstücksteilung im Hofgut, d.h. die Gemeinde (hier: SPD) stimmt zu, daß das Hofgut nicht genutzt wird!

Die Landesregierung

Die Rolle der Landesregierung in Naturschutzauseinandersetzungen ist seit Jahrzehnten sehr undurchsichtig. In Reden, bunten Broschüren und sogar Gesetzen bzw. Verordnungen hält Hessen eine Spitzenposition im Bundesvergleich. In der tatsächlichen Praxis aber ist Hessen fast überall Schlußlicht - sei es bei der Umsetzung von Schutzprogrammen, Extensivierung in der Landwirtschaft oder der Ausweisung von Schutzgebieten. Immer wieder wird deutlich, daß die hessische Naturschutzpolitik in der Hand weniger Personen liegt, die im Ministerium, in passenden Institutionen und in den Spitzengremien der Naturschutzverbände alle Fäden in der Hand halten. Die Auftragsvergabe für Gutachten und Untersuchungen, die Geldvergabe für Naturschutzprojekte usw. - all das durchläuft seit Jahren und Jahrzehnte eine Zensur, so daß nur ausgewählte und staatsnahe Einrichtungen zum Zuge kommen. Die Ergebnisse sind dann vorhersehbar. Dieses System funktioniert und kontrolliert sich inzwischen selbständig. Unabhängige Planer, Bürgerinitiativen usw. kennen seit langem die Schwierigkeit, konkrete Sacharbeit zu leisten.

Landesregierung: Nach außen "öko", tatsächlich aber nicht.

In Sachen Golfplatz war das Regierungspräsidium für die Genehmigung zuständig. Der RP ist grundsätzlich eine von solcher Verfüllung relativ unabhängige Einrichtung, weil die Ebene "Mittelhessen" nur selten auch Organisationsform von Institutionen, Parteien usw. ist. Die ersten Pläne für einen Golfplatz scheiterten am Widerstand des RP. Dieser lehnte auch 1993 den endgültigen Plan der Gemeinde ab. Doch schon während der Bearbeitungszeit der Genehmigung

RP gegen Golfplatz

Landesregierung zwingt RP zum
"Ja"

berichteten Mitarbeiter aus der Oberen Naturschutzbehörde beim RP, daß von Seiten der Hessischen Landesregierung Druck auf sie ausgeübt würde, den Plan doch zu genehmigen. Der RP lehnte dennoch ab. Anschließend beschwerte sich die Gemeinde jedoch bei der Landesregierung. Diese beauftragte ihren "Sonderbeauftragten für die Beschleunigung von Bauleitverfahren" (eigentliche Aufgabe wäre die Förderung des Wohnungsbaus gewesen) mit der Prüfung. Noch bevor das Ergebnis offiziell an RP und Gemeinde weitergereicht wurde, feierte sich die Landesregierung in einer eigenen Pressemitteilung als Fördererin des Golfplatzes. Offenbar gab es erhebliches Interesse in Wiesbaden an diesem Golfplatz oder an Golfplätzen allgemein. Worin dieses begründet ist, ist ebenfalls unklar. Sind die Verantwortlichen in der Regierung Golfspieler? Sind Golfspieler einflußreiche Bekannte? Wieviele Spitzenfunktionäre in der hessischen Naturschutz"szene" spielen Golf? Oder floß auch hier Geld?

Die Winneröder BürgerInnen

Winneröder EinwohnerInnen:
Mehrheitlich gegen den Golfplatz,
aber ängstlich, ohne
"Wir"-Gefühl, inaktiv

Wie der Chronologie (siehe entsprechendes Kapitel) zu entnehmen ist, gab es verschiedene Meinungsäußerungen von Ortsansässigen in Winnerod, die mehrheitlich immer den geplanten Golfplatz ablehnten. Allerdings gelang es ihnen nie, diese Auffassung auch deutlich nach außen zu tragen. Das hatte verschiedene Gründe:

- Obwohl Winnerod nur ein Dorf mit zwölf Haushalten und 45 bis 50 EinwohnerInnen ist, leben die Menschen dort sehr anonym nebeneinander. Dörfliche Kontakte fehlen fast ganz. Dorffeste, Nachbarschaftstreffen usw. sind in den letzten Jahren selten geworden bzw. haben gar nicht mehr stattgefunden. Das Verhältnis untereinander ist unterkühlt. Tatsächlich sprechen die WinneröderInnen selbst von "Oberdorf", "Mitteldorf" und "Unterdorf". Damit werden die Abgrenzungen sichtbar - jedes dieser drei Teile besteht aber nur aus drei bis fünf Häusern. Dennoch gibt auch innerhalb der drei "Teile" des Ortes kaum Kontakte.
- Das wichtigste Gemeinschaftsgremium ist der Ortsbeirat, in dem 5 Personen sitzen. Mehr kommen auch kaum, so daß nur ein Teil der Haushalte einbezogen ist (zudem gibt es eine Doppelbesetzung aus einem Haushalt). Der Ortsbeirat unternimmt keinerlei Anstrengungen, im Dorf eine integrierende Funktion zu übernehmen und alle BürgerInnen an den Entscheidungen zu beteiligen.
- Zwei Personen aus Winnerod treffen noch im gemeinsamen Kirchenvorstand von Berrod und Winnerod aufeinander. Auch das hat nicht zu einem engeren Kontakt geführt.
- Die Kirche hat in Winnerod einen historisch bedeutsamen alten Sitz. Infrastruktureinrichtungen wie der Konfirmandensaal, eine uralte Kirche und andere Kirchengebäude werden jedoch ebenfalls nicht für dörfliche Aktivitäten genutzt. Der Kontakt der in Winnerod wohnenden Pfarrfamilie zum Dorf ist kaum vorhanden, so daß auch diese letzte Einrichtung als Integrationsraum entfällt.
- In früheren Zeiten war das Hofgut der Ort, wo alle zusammentrafen, weil fast alle Winneröder EinwohnerInnen hier einen Arbeitsplatz hatten. Davon ist jedoch nur die Erinnerung geblieben. Für einige neu Zugezogene spielt diese Geschichte ohnehin keine Rolle.
- Viele Menschen in Winnerod sind alt. Nach ihren eigenen Worten beziehen sie zum Golfplatz deshalb keine Stellung mehr, weil sie davon ausgehen, daß sie diesen sowieso nicht mehr erleben würden. Viele von ihnen haben sich in ihr Haus zurückgezogen und begegnen daher kaum anderen WinneröderInnen.
- Einige weitere Personen spielen mit dem Gedanken, Winnerod zu verlassen. Die Gefahr des Golfplatzbaus hat den Drang zum Wegziehen verstärkt.

Nur wenig Kontakte zwischen den
DorfbewohnerInnen

All diese Gründe führten dazu, daß aus Winnerod nur leise Töne der Ablehnung eines Golfplatzes in die Reiskirchener Politik bzw. in die Medien drangen (wobei letztere das Bild selbst noch bewußt verfälschten). Winnerod war und ist kein Ort, in dem die Menschen sich als Dorfgemeinschaft begreifen und zusammen für ihren Ort aktiv sind. Sie sind überwiegend dem Schicksal (oder was auch immer sie dafür halten) ergeben.

Hemmungen, mit
Golfplatzkritikern
zusammenzuarbeiten

Eine Möglichkeit wäre gewesen, zusammen mit der AG "Ökohof statt Golfplatz" gegen das Großprojekt zu kämpfen. Daß es dazu nicht kam, hatte drei Gründe: Erstens fehlte den WinneröderInnen zu dem Zeitpunkt, wo es ernst wurde, bereits die Kraft, noch gegen das bereits 10 Jahre diskutierte Projekt zu kämpfen. Zweitens wurden sie erfolgreich mit dem Erzählen von Schauernmärchen über den geplanten Ökohof von einer Kooperation abgehalten. Drittens übernahm das in der AG mitarbeitende Pfarrerehepaar die Aufgabe, den Kontakt herzustellen. Sie berichteten in der AG, daß kein Interesse bestand. Wie heute klar ist, haben sie den Kontakt niemals gesucht, d.h. die AG "Ökohof statt Golfplatz" hat es dadurch unterlassen, von sich aus auf die BewohnerInnen zuzugehen. Das geschah erst, als nach dem Verkaufsbeschluß des Kirchenvorstandes klar wurde, daß dieses Gremium und auch die Pfarrer selbst nicht wie gedacht (und von ihnen selbst behauptet) zu festen Partnern gegen den Golfplatz gerechnet werden konnten und ihre zugesagten Kontakte zu den EinwohnerInnen unterblieben sind. Allerdings zeigte sich,

daß nur drei Haushalte (das "Oberdorf") tatsächlich noch bereit waren, über das Golfplatzprojekt zu reden und sich mit gegen den Bau einzusetzen. Immerhin agierten sie erstmals als Gemeinschaft von drei Haushalten und übergaben unter anderem der Pfarrerin einen Brief mit der Bitte, den Verkaufsbeschuß nochmals zu überdenken.

Bedauerlich war die Abstimmung des Ortsbeirates über die Änderung des Golfplatzplanes im Herbst 1995. In der Sitzung davor hatte sich das Gremium gegen den geplanten Golfplatz ausgesprochen (einstimmig!), weil das Hofgut dadurch nicht gerettet würde. Als es dann um die formale Abstimmung über den Plan ging, stimmte der Ortsbeirat dem zu, weil die Änderungen selbst nicht zu beanstanden seien (die Frage des Hofgutes wurde in der Planänderung nicht miterfaßt). Mit dieser Auffassung hat der Ortsbeirat grundsätzlich recht, es zeigt sich aber fehlendes politisches Gespür. Wenn man verhindern will, daß ein Investor in einer bestimmten Art und Weise baut (nämlich ohne das Hofgut), dann darf man nicht genau seinen Plan befürworten - auch wenn der kritische Punkt darin gar nicht vorkommt. Ein Übriges trug die Presse zum falschen Bild bei, die das Votum des Ortsbeirates als glatte Zustimmung wertete. Wer es genau liest, findet die Formulierung, daß der Ortsbeirat "ebenso wenig in der Lage ist, dazu Stellung zu nehmen, wie es die gemeindlichen Gremien waren, die der vorherigen Planung zustimmten, von der es jetzt heißt, daß die erhebliche Mängel aufweist". Dieser Passus bedeutet erstens keine Zustimmung zum Gesamtplan, zweitens kritisiert er, daß der alte Plan jetzt plötzlich schlecht sein soll, wo er doch bis vor kurzem auch von der Gemeinde hochgelobt wurde, und daß drittens der Ortsbeirat nicht einschätzen kann, ob genau dieses auch mit dem neuen Plan so sein wird. Diese tatsächlichen Beschlußinhalte sind weder im Parlament noch in der Presse so wiedergegeben worden. Es ist allerdings auch Schuld des Ortsbeirates selbst, an keiner Stelle für die richtige Interpretation seines Beschlusses eingetreten zu sein.

Abstimmung im Ortsbeirat: Unklar, kraftlos und von der Presse zudem falsch wiedergegeben.

Die Orts- und die Landeskirche

Aus vielen Gründen, vor allem wegen des Besitzes von über den geplanten Golfplatz gestreuten Ländereien, war die Kirche die entscheidende Kraft des Widerstandes gegen den Golfplatz. Da die Meinung der BürgerInnen in der Politik ohnehin eine abnehmende Bedeutung hat und im Fall "Golfplatz" die Kritiker nur übergangen, ausgegrenzt oder teilweise diffamiert wurden, blieb allein die formale Gewalt von Flächenbesitz. Welche Bedeutung dieses hatte, zeigte sich an den wiederholten Versuchen des Ex-Besitzers Lischka, das Kirchenland zu kaufen. Ihm war klar, daß es viel einfacher sein würde, einen Investor zu finden, wenn er das komplette Land verkaufen könnte.

Kirche hatte Grundstücke, die Golfplatz hätten verhindern können.

Lischka selbst, als cholericus auftretender Mensch bekannt, hatte aber den zuständigen Kirchenvorstand mit etlichen Beleidigungen vor allem gegen das Pfarrerehepaar selbst schnell gegen sich aufgebracht. Wieweit auch das eine Rolle spielte, daß der Kirchenvorstand schnell zu einer golfplatzkritischen Position kam, ist unklar - Lischka hatte jedenfalls keinerlei Chance, an die Kirchenflächen heranzukommen, sei es per Kauf oder Tausch. Der Anfang 1995 auftretende Investor Reichert konnte die Kirche dann mit Geschick, Lügen und freundlichem Auftreten sehr schnell für sich gewinnen. Selbst als der Kirchenvorstand erkannte, daß er getäuscht worden war, blieb er beim Verkaufsbeschuß - obwohl er den Kaufvertrag noch nicht unterzeichnet hatte. Aus diesem Verhalten entsteht der Verdacht, daß mindestens die Mehrheit des Kirchenvorstandes von Beginn an nicht aus der Sache heraus gegen den Golfplatz war. Nach dem Beschluß, an den neuen Investor zu verkaufen, verhielten sich die KirchenvorständlerInnen und das Pfarrerehepaar im Besonderen den verbliebenen GolfplatzkritikerInnen sogar sehr stark ablehnend. Mehrere Personen, die die PfarrerInnen bzw. andere Kirchenvorständler ansprachen und nachfragten, weshalb denn nun plötzlich doch ein Golfplatz im Sinne der Kirche sei (am Hofgut interessierte Landwirte, Mitglieder der AG "Ökohof statt Golfplatz", Winneröder Bürger, Kirchenmitglieder aus Bersrod), wurden sehr deutlich und ausgesprochen unfreundlich abgewiesen. Solches geschah auch während der Raddemo gegen den Golfplatz am 30.8., als Pfarrerin Fuge Kopien von über 600 Unterschriften gegen das Projekt mit einem Bittschreiben, den Verkaufsbeschuß zurückzunehmen, überreicht wurden.

Bedenken kamen nach eigenen Aussagen den PfarrerInnen, als offensichtlich wurde, daß Investor Reichert die Kirche mit vielen Lügen zur Zustimmung gebracht hatte. Die Zusammenstellung von Aussagen und der recherchierten Wahrheit ließen sie sich für die Diskussion im Kirchenvorstand geben - gleich in der ausreichend kopierten Zahl, "damit die Kirchenkasse nicht mit 14 Kopien belastet werden" (Aussage Pfarrer Fuge). Ob die Unterlagen zum Golfplatzplan vom Investor oder im Rathaus vervielfältigt wurden oder hier die Kirchengelder gerade richtig waren, ist unbekannt. Der Kirchenvorstand blieb jedoch auch nach den Enthüllungen über die Lügen des Herrn Reichert dabei, genau diesem das Land zu verkaufen. Bekannt war den Kir-

... Nachdem die Änderung des Baugebietes für die Winneröder Gemeindeförderung rechtskräftig geworden war, sahen wir uns vor der Alternative:

- Entweder wird ein 18-Loch-Golfplatz um unsere Äcker herumgebaut, und zwar von einem Golfunternehmer, bei dem nicht einmal sicher gestellt sein würde, daß die Gebäude der Hofanlage mitgenutzt werden ...

- Oder wir erklären uns bereit, einem Anlagekonzept für einen 27-Loch-Platz zuzustimmen, das eine Nutzung für die gesamte Hofanlage vorsieht. ...

Anm.: Mit diesen Worten begründete der Kirchenvorstand seinen Verkaufsbeschuß. Nach vor der Vertragsunterschriftung einführ der Vorstand, daß beide obigen Annahmen nicht stimmten: der "böse" Golfunternehmer, der 18 Löcher um das Kirchenland bauen und das Hofgut nicht nutzen wollte, war eine tolle und strategisch kluge Erfindung des einzigen Investors Reichert. Und: Genau dieser wollte das Hofgut nicht nutzen!

Obwohl der Kirchenvorstand wußte, daß er seinen Beschluß zum Verkauf auf falschen Annahmen und Lügen des Verhandlungspartners stützte, hielt er ihn aufrecht - bis heute und nun ohne jeden Grund!

Zitat aus der Zeitschrift "Dorfkirche(n)"

chenvorständlerInnen auch, daß das Hofgut nicht gesichert würde. Zwei Kirchenvorständler gaben bei anderer Gelegenheit im direkten Gespräch zu, daß viel Geld für das wenige Land fließen würde. In jedem Fall werden sich die KirchenvorständlerInnen nicht herausreden können: Sie haben alles gewußt und Zeit gehabt, alles zu prüfen - und sie haben sich trotzdem und ohne große Not für den Golfplatz entschieden. Sie wußten, daß an ihrer Entscheidung der Golfplatz hängt. Mit dieser Verantwortung sind sie so umgegangen, daß der Golfplatz nun möglich wurde.

Mit seiner Entscheidung für den Verkauf hat der Kirchenvorstand auch alle eigenen Argumente gegen den Golfplatz außer Acht gelassen. Sie wirken im Nachhinein wie hohle Phrasen. Sie haben bei der Gemeinde nichts bewirkt, an die sie damals gerichtet waren (Stellungnahme im Rahmen der Bauleitplanung zum Golfplatz) - und sie haben auch für den Kirchenvorstand selbst offenbar nicht viel bedeutet (mindestens für die Mehrheit dort nicht).

Einige Monate vorher stand das Thema für den Kirchenvorstand schon einmal auf der Tagesordnung. Damals ging es darum, ob die Kirche gegen den (inzwischen von allen als schlecht bezeichneten) Plan zu klagen. Nur knapp sprach sich eine Mehrheit dagegen aus. Sonst hätte der Golfplatz ganz früh verhindert werden können. Immerhin sprachen sich zu diesem Zeitpunkt einige Kirchenvertreter sowie ein Landeskirchenfunktionär für die Klage aus.

Eindeutig war jedoch ansonsten die Position der Landeskirche. Nach Mitteilungen des örtlichen Kirchenvorstandes haben sich offizielle Vertreter der Landeskirche in Darmstadt von Beginn an für den Golfplatz ausgesprochen. Unterschiedliche Positionen vertrat der Landeskirchenbeauftragte für den "Dienst auf dem Lande", H.J. Roos. Er schwankte des öfteren, teilweise wohl auch je nach Gesprächspartner. Ein Kollege von ihm war an der Meinungsumfrage in Winnerod beteiligt, die eine Mehrheit gegen den Golfplatz ergab. Nachdem die Ortskirche entgegen der ursprünglichen Meinung doch ihr Land für einen Golfplatz verkaufen wollte und dieses vor der Öffentlichkeit und den eigenen Gemeindemitgliedern verheimlicht hatte, war Roos ebenso wie die Pfarrer in Winnerod sehr erbost über die Redakteure des "Saasener Dorfboten", die das Umfallen dokumentierten - nicht die gegenüber ehemaligen Freunden und den eigenen Mitgliedern unfaire Pro-Golfplatz-Geheimtät, sondern die Kritik daran sollte plötzlich unverschämt sein. Roos selbst konnte vom neuen Investor sehr schnell für sich gewonnen werden. Seitdem plant er daran, im Rahmen des Golfplatzprojektes ein Wohngebäude zu entwickeln. Damit schuf er dem Investor ein gutes "soziales Feigenblatt". Wieweit der Investor den gutgläubigen Roos aber nur als Mittel zum Zweck mißbraucht, bleibt dahingestellt.

Den Höhepunkt der landeskirchlichen Aktionen für den Golfplatz schaffte Kirchenpräsident Steinacker höchstpersönlich. Nachdem bei ihm und seinem Umweltbeauftragten Wegener (der immer zusagte, die Sache zu klären und zurückzurufen, aber beides nie tat) Kritik an der Kirchenzustimmung

eingegangen war und die Landeskirche dem Verkauf nun auch formal zustimmen mußte, schrieb Steinacker einen bemerkenswerten Brief. Er teilte einem Kritiker mit, daß der Kirchenvorstand die Vorschläge der drei Investoren genau geprüft und sorgfältig ausgewählt habe. Das klingt gut - nur: Es gab keine drei Investoren. Das hatte sich der einzige Investor ausgedacht, um seinen Plan in ein besseres Licht zu rücken. Warum aber verbreitet die Landeskirche die Lüge mit? Nachfragen bei den Pfarrern vor Ort ergaben, daß diese der Landeskirche nicht gemeldet hatten, daß sie drei Planungen geprüft hätten (stimmte ja auch nicht). Folglich kann die Information nur von Investor Reichert selbst zur Landeskirche gegangen sein. Zwei Bewertungen sind möglich: Entweder sind die Landeskirche und Kirchenpräsident Steinacker ein "Haufen dummer Jungs", die auf die Tricks eines Geldjongleurs reinfallen und gleich alles glauben, was dieser behauptet - und es den eigenen Kirchenmitgliedern ungeprüft weitergeben. Oder sie sind Teil des ganzen Lügengebildes, das aufgebaut wurde, um den Golfplatz durchzusetzen. Da ein Auftrag der Bibel u.ä. für Golfplätze wegfällt, müssen andere Gründe für die Unterstützung eine Rolle spielen. Erhielt die Kirche Geld? Was sonst hätte sie dazu veranlassen können? Im Zuge der Recherchen zum Golfplatz berichtete eine Golfjournalistin, daß Investor Reichert, bekannt als Golfplatz- und Tennishallenerbauer, einen Firmensitz in Darmstadt hat. Da sitzt auch die Landeskirche ...

Verkäufer und Käufer

Das Hofgut Winnerod hat in der Vergangenheit oft seinen Besitzer gewechselt. Fast immer war die Nutzung defizitär, oftmals wurde der Hof in der älteren Geschichte auch eher als Schloß oder Residenz genutzt und die Landwirtschaft nicht mit der Professionalität betrieben, wie dieses für einen rentablen Betrieb notwendig gewesen wäre. Vor ca. 15 Jahren wechselte das Hofgut mit seinen über 100 Hektar Land, zu einem Preis von 2 Mio (Aussagen des Käufers Josef Lischka, Hof-Güll) bzw. 1,5 Mio (Aussagen anderer Personen, die wenige Jahre später Kaufverhandlungen mit Lischka führten, wobei Lischka da 1,8 Mio verlangte) den Besitzer. Lischka von Hof Güll versuchte, aus dem ehemaligen Milchviehbetrieb einen reinen Ackerbaubetrieb zu machen, was gründlich schiefging. Dabei wurden landwirtschaftliche Methoden angewendet, die et-

Mehrheit gegen Klage

... inzwischen ist die Situation aber so, daß der Flächennutzungsplan geändert und der Bebauungsplan von einem demokratisch legitimierten Gremium rechtskräftig beschlossen worden ist; die Genehmigung des Reglerungspräsidenten liegt vor. Eine Klage dagegen vor dem Verwaltungsgericht erscheint unter diesen Umständen aussichtslos.

Anm.: Blödsinn, denn ganz im Gegenteil kann erst dann geklagt werden, wenn ein Plan rechtskräftig ist. Vorher geht's gar nicht.

Das heißt, daß unsere Möglichkeiten als Gemeinde und als Kirche ausgeschöpft sind.

Anm.: Ebenfalls falsch. Möglichkeiten: Öffentlichkeitsarbeit, Nichtverkauf der eigenen Grundstücke, Anträge zur Rücknahme der Planung usw. Und natürlich die Klage.

Unter dieser Vorgabe hat der Kirchenvorstand sich auf Gespräche eingelassen. Er hat inzwischen einen Bewerber abgelehnt und mit zwei anderen Interessenten verhandelt.

Anm.: Hier wiederholt der Kirchenpräsident die Lügen des Golfinvestors. Wie die Pfarrer vor Ort mitteilen, haben sie nie behauptet, auch mit anderen Interessenten verhandelt zu haben. Der Kirchenpräsident muß sie folglich vom Investor haben (direkt oder indirekt).

Auszüge aus einem Brief von Landeskirchenpräsident Prof. Steinacker mit Anmerkungen

Besitzer seit ca. 15 Jahren: Josef Lischka, Hof Güll

liche der Standorte auf Jahre zerstört haben. Der Versuch, mit hohem Maschinen-, Energie- und Chemieinsatz in Winnerod Hochleistungserträge zu ernten, mißlang aber. Lischka sah nach nur 2 Ernteperioden, daß die meisten Böden für seine Art, Landwirtschaft zu betreiben, ungeeignet waren, und versuchte, das Gut wieder zu verkaufen. Ca. 1985 entstand dann die Idee des Golfplatzes, auch andere Interessenten traten an Lischka heran. Nach den Aussagen eines Maklers war es dabei sogar zur Ausarbeitung eines Kaufvertrages gekommen. Doch Lischka erschien zum verabredeten Notar-Termin nicht. Er träumte immer vom großen Geld, das ihm der Golfplatz beschere sollte. Jahrelang wurde die Koreanerin Wohni Nattermann als Geldgeberin angeführt. Wie sich aber 1994 herausstellte, war sie schon etliche Jahre aus dem Rennen, wurde aber vor allem von Politikern benutzt, um eine Umsetzbarkeit der Idee Golfplatz zu beweisen. Lischka verzichtete lange Zeit auf größere Werbemaßnahmen. So trat auch nach der Gültigkeit des Bebauungsplanes eine längere Pause ein, weil Lischka es versäumte, diese Information in Golfkreisen zu streuen. Als er es dann tat, war mit Investor Reichert schnell ein Interessent gefunden.

CDU-Kontakte von Lischka

Lischka unterhielt offenbar gute Beziehungen zur Gemeinde Reiskirchen, wobei er selbst als "mindestens CDU-nah" gilt, folglich hier seine Kontakte hat (unter anderem unterstützte er einen Wahlkampfauftritt des CDU-Bürgermeisterkandidaten in Reiskirchen). Wieweit er mit Reiskirchener CDUlern bzw. Politikern anderer Parteien auch Absprachen bezüglich des Hofgutes tat, ist unbekannt - angenommen werden muß das mindestens bei der von Gemeindepolitikern gestoppten Renovierungsaktion am 6.12.1993. Ansonsten ging es Lischka ausschließlich um Geld. Er blieb damit allen Seiten offen und zeigte sich sogar der AG "Ökohof statt Golfplatz" gegenüber phasenweise sehr freundlich und zuvorkommend (so durfte das Umwelt-Aktionsmobil der Projektwerkstatt einen Winter im Hofgut verbringen). In den Verhandlungen zwischen der AG und Lischka wurden sogar Kaufpreise diskutiert. Lischka erhoffte sich 5 bis 6 Mio. DM, die AG bot 3 Mio. DM an. Die weiteren Verhandlungen unterblieben nur, weil zwischenzeitlich der Bebauungsplan rechtskräftig wurde und somit die AG "Ökohof statt Golfplatz" selbst nach einem Kauf Schwierigkeiten gehabt hätte, das Hofgut zu nutzen, weil der rechtsgültige Plan dort Golfanlagen und ein Hotel vorsah - und eben keine Landwirtschaft, Kindergarten, Tagungshaus, Wohnbereiche usw.

Reichert hält Lischka für einen "Deppen" und schafft so schnell die Einigung.

Ex-Investor Reichert hatte mit Lischka leichtes Spiel - abgesehen von der Geldfrage. Offenbar hielt er Lischka sogar für einen "Deppen" (wörtliches Zitat von ihm). In einem Gespräch mit der Presse nach den Enthüllungen, daß Investor Reichert in fast allen wesentlichen Punkten gelogen hatte, sagte er aus, daß "Lischka mit seinen 70 Jahren schon sehr senil sei", und versuchte so, den Aussagen Lischkas, die den Behauptungen von Reichert entgegenstanden, die Glaubwürdigkeit zu entziehen. Selbstverständlich druckte die Presse diese Bemerkung nicht ab. Insgesamt ist Investor Reichert eine höchst geschickte, rhetorisch hochgeschulte, aber kaltblütige und Menschen als Spielfiguren in seinem "Spiel" betrachtende Erscheinung. Es war nötig, selbst solche Denkweisen nachvollziehen zu können, um seine Tricks zu durchschauen. Bei Kenntnis der Persönlichkeit von Reichert ist es kein Wunder, daß er es schnell schaffte, Kirche, Naturschutzverbände und -behörde usw. für sich zu gewinnen. Dort war niemand, der die Aussagen überprüfte, die Reichert geschickt in die Welt setzte. Insofern dürfte es Glück für ihn gewesen sein, daß Reichert erst sehr spät der AG "Ökohof statt Golfplatz" begegnete - und kurz danach seine Lügengebäude widerlegt wurden.

Geschickter Taktiker Reichert

Die Presse - überwiegend einseitig

Ein böses Spiel machten die beiden Gießener Tageszeitungen - während vor allem der Hessische Rundfunk und andere überregionale Medien (Expreß usw.) gar nicht berichteten. Nur der FFH brachte in seinen Ankündigungen einen kurzen Hinweis auf das Konzert der Band "Kain" während der ersten Golfplatzbesetzung.

Böses Spiel von Tagespresse und HR

Dargestellt werden kann hier nur die Berichterstattung der Presse in den vergangenen 2,5 Jahren - also seit Gründung der AG "Ökohof statt Golfplatz". Der Gang der Dinge ist typisch. Zu Beginn stellte die Presse die Arbeit der AG noch dar - schließlich war auch noch keine Gefahr. Im Zuge der Auseinandersetzungen aber beherrschte nur noch eine Position die Berichterstattung: Die der Golfplatzbefürworter, allen voran von Bürgermeister Döring. Seine Aussagen (wie bereits beschrieben des öfteren bewußt falsch) wurden in der Presse immer wieder als Wahrheit dargestellt, Kritik daran wurde nicht abgedruckt. Der Beginn der Auseinandersetzung war eine Recherche darüber, ob denn die Golfplatzplaner überhaupt die Sanierung des Hofgutes im Blick hatten. Vorangegangen war eine Begehung mit einem Reiskirchener Architekten, der den Wert der Gebäude schätzte und zum Zustand des Herrenhauses sagte: "Wer das so beläßt, will, daß das Hofgut möglichst schnell verfällt" (gemeint waren die an den Eckpunkten zerstörten Regentinnen - was fast wie Absicht aussieht). Per Telefon erfuhren die Golfplatzkritiker von der Deutschen Golf-Consult und einem von denen benannten Architekten, daß für das Hofgut keinerlei Planungen bestanden. Aufgrund dieser Recherchen ist allen Beteiligten seit Mitte 1993 klar, daß das Hofgut durch den Golfplatz nicht gesichert würde. Doch diese Aussage kam nie in die Presse. Mitte Oktober 1993 kam dann die Genehmigung des Golfplatzplanes per Anweisung aus

**Bürgermeisterlügen ohne
Überprüfung in der Presse**

Wiesbaden. Eine Woche später erschien ein spannender Text des "Allgemeine"-Redakteurs Schmitt (Kürzel: js), in dem dieser einige Recherchen zum Umfeld der möglichen Investoren schrieb. Nach seinen Ergebnissen waren diese höchst unseriös. Noch während dieser Recherchen, nach den jetzigen Kenntnissen ca. 3 Jahre nach dem endgültigen Ausstieg, bezeichnete Bürgermeister Döring weiter die Koreanerin Wonhi Nattermann als sichere Käuferin. Es ist klar, daß Döring zu diesem Zeitpunkt längst wußte, daß das nicht stimmte. Er mußte aber die Öffentlichkeit belügen, damit der Glaube erhalten blieb, das Golfplatzprojekt würde das Hofgut retten. In einem späteren Telefonat mit der AG "Ökohof statt Golfplatz" mußte "js" allerdings zugeben, daß er nicht mehr recherchieren würde, das sei in der Redaktion nicht gewünscht! Immerhin aber gab es in der "Allgemeine" mit seinem Text einmal eine Andeutung, welcher Sumpf an Skandalen in diesem Golfplatzprojekt steckte. Der "Anzeiger" deutete das nie an. Hier herrschte Redakteur Erhard Goltze über die Golf-Berichterstattung. Goltze ist SPD-nah und ein persönlicher Freund von Bürgermeister Döring.

Nach der Rechtsgültigkeit des Bebauungsplanes verschwand das Thema auch aus den Medien. Es tauchte erst wieder auf, als Golfplatzgegner von dem heimlichen Verkaufsbeschluß der Kirche hörten und innerhalb kurzer Zeit die erste Besetzung des Golfplatzgeländes durchführten. Auch hier unterschieden sich die beiden Zeitungen wieder etwas: Der "Anzeiger" beließ es bei einem kleinen, einspaltigen Artikel - offenbar um nicht zu viele Menschen auf die laufende Besetzung hinzuweisen. Eigentlich müßte man davon ausgehen, daß in einem ländlichen Gebiet wie Winnerod eine Besetzung zu einem erheblichen Pressewirbel führen würde - war aber nicht. Die Heimatzeitung, Wochenblatt ausschließlich für Reiskirchen, verschwieg die erste Besetzung völlig! Die "Allgemeine" veröffentlichte zunächst ebenfalls einen Einspalter, schob am zweiten Tag aber einen umfangreichen Kommentar nach. Den verfaßte Redakteur Möller, der weder vor Ort noch auf andere Weise seine Aussagen überprüft hatte. Sie waren nicht einseitig, sondern schlicht schlecht recherchiert und in alle Richtungen meist falsch bzw. oberflächlich. An keiner Stelle wurden die Hintergründe der Besetzung genau dargestellt. Mehr Platz erhielten in diesen Wochen rund um die Besetzung dagegen Texte, die den kommenden Golfplatz, den Investor und seine Pläne beschrieben. Ohne jede Überprüfung seiner Aussagen wurde dort Reicherts inzwischen widerlegtes Gedankengebilde verbreitet.

Mit der zweiten Besetzung spitzte sich die Presseberichterstattung erheblich zu, zumal dort auch die Gegenwehr gegen die Besetzung hart und äußerst fragwürdig war. Obwohl die Besetzung friedlich-kreativ auf einer ungenutzten Wiese ablief, wurde sie von der Polizei noch während einer von ihr selbst gesetzten Räumungsfrist gewaltsam beendet, zwei Personen kamen für einige Stunden in eine Haftzelle und wurden mißhandelt. Dieser Vorfall wurde an die Presse geschickt. Der HR rief daraufhin bei der Polizeistation Grünberg an und fragte, ob er darüber berichten solle. Die Polizei verneinte, und der HR hielt sich dran. In beiden Tageszeitungen wurde über die Vorgänge nicht genau berichtet (in beiden Zeitungen wieder je ein Einspalter, z.T. mit Bild). Bemerkenswert war, daß eine Reporterin von "Heimatzeitung"/"Allgemeine" (gleicher Verlag) vor Ort war und ihr Text in der Zentralredaktion in Gießen verändert wurde - obwohl von denen keiner vor Ort war oder sich irgendwo erkundigt hatte. Bemerkenswert war auch, daß an den Tagen nach dem harten Polizeizugriff große, mehrspaltige Berichte über die positive Arbeit der Polizeistation Grünberg erschienen. In der "Heimatzeitung" erschien ein kurzer Text zur Besetzung - da war sie allerdings schon von der Polizei beendet.

Zur Raddemo gegen den Golfplatz am 30.8. fanden sich in der Presse nur Fotos mit dem Hinweis, daß es eine Demo gegen den Golfplatz gegeben habe. Genaue Inhalte fehlten erneut.

Bemerkenswert war auch die Reaktion der Presse auf die Enthüllungen der Lügen des Investors Reichert. Nach den umfangreichen Recherchen wollte die AG "Ökohof statt Golfplatz" die Ergebnisse auf einer Pressekonferenz bekanntgeben. Kein Pressevertreter erschien. Nachfragen ergaben, daß bei "Allgemeine" und beim "Anzeiger" ganz zufällig die Einladungen in die Hände von Redakteurinnen geraten waren, die an dem Tag Urlaub hatten. Die AG faxte dann die Textfassung der Enthüllungen (siehe Kapitel "Die Entlarvung der Lügen" an die Zeitung. Daraus entstanden wiederum nur einspaltige Texte, im "Anzeiger" mit wenigen Sätzen zu den Enthüllungen, in der "Allgemeine" ohne eine einzige Nennung der Widerlegungen. Wenige Tage später veröffentlichte der Anzeiger eine ganzseitige (!) Bildergeschichte mit nur wenigen Texten, welches Glück der Golfplatz nun Winnerod bringen würde. Dabei wurden einige der bekannten Lügen wiederholt. Schreiber der Geschichte war wieder Erhard Goltze, er hatte für diesen Artikel nichts mehr recherchiert, sondern einfach die früheren Behauptungen mit ein paar Fotos gemischt. Die "Allgemeine" investierte mehr Arbeit und lud von sich aus (!) Investor Reichert zu einem Gespräch. Daraus entsteht erneut ein großer Pro-Golfplatz-Text, in dem etliche der Lügen wiederholt und der Golfplatz in ein positives Licht gerückt wurde. In einem Telefonat eines Golfplatzkritikers mit der Redakteurin Gail schilderte diese, daß Reichert auf die Bitte um Stellungnahme zu den Vorwürfen gegen ihn antwortete, er hätte eine Strafanzeige gegen den Golfplatzkritiker Bergstedt (wieso eigentlich nur gegen den?) gerichtet und würde sich zum schwebenden Verfahren nicht äußern. Das war erneut ein Trick und stimmte nicht - für die gutgläubige Presse reichte es aber.

Die einseitige Unterstützung der Tagespresse für Investor Reichert bröckelte, als dieser illegal mit dem Bau begann und auch gegenüber der Presse behauptete, eine Genehmigung zu besitzen. Das nahm im die "Allgemeine" krumm und veröffentlichte erstmals einen kritischen Artikel. Der

**HR fragt bei Polizei, ob er
berichten solle über die
Besetzungsaktionen.**

**Reichertlügen ohne Überprüfung
in der Presse**

**Enthüllungen nicht oder kaum
dargestellt**

**"Vom Pfarrdorf und Bauernhof
zum Golfclub - das Hofgut
Winnerod" titelte
Anzeiger-Redakteur Goltze seinen
ganzseitigen Jubelartikel, obwohl
er wußte, daß der größte Teil der
Gebäude verfallen würde.**

"Anzeiger" mit Golf- und SPD-Fan E. Goltze als Redakteur blieb dagegen der Linie treu, verschwieg alle Kritik und berichtete weiter jubelnd über das Projekt. Insbesondere Goltze war es auch, der immer wieder versuchte, die Anti-Golfplatzgruppe auf wenige Personen mit einem Leiter zu reduzieren. Ein besonderer Höhepunkt war die Berichterstattung des "Anzeigers" über den Prozeß gegen Golfplatzkritiker Bergstedt. Obwohl ein Anklagepunkt sogar eingestellt wurde und in den anderen widersprüchliche Aussagen der Polizeibeamten eine Vertagung des Prozesses nötig machten, behauptete diese Zeitung, der Angeklagte hätte die Hauptvorwürfe sogar zugegeben. Bei Zeitungen haben bis heute weder über den Ausstieg des Investors Reichert (den sie selbst hochgelobt hatten) noch über den Baubeginn am Golfplatz berichtet.

Falscher Bericht über Gerichtsprozeß

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Wenn Politiker (und Geschäftsleute sowieso, aber bei denen ist ja auch klar, warum) die BürgerInnen massiv belügen, bleibt eigentlich nur die Hoffnung auf die Presse. Doch diese entwickelte sich im Laufe der Auseinandersetzungen als aktivste Einheit bei der Verbreitung von Lügen. Wer sogar den Investor einlädt, um ihm eine Plattform für seine Behauptungen zu bieten, hat offenbar ein ausgedehntes Interesse - entweder am Golfplatz selbst, oder daran, daß die Skandale rundherum nicht öffentlich werden und Politikern den Kopf kosten - oder halt beides!

Zusammenfassend: Presse trägt die Mächtigen, beteiligt sich an der Verbreitung von Lügen!

Die Alternative: Der Ökohof

Viele Alternativen waren da!

Politiker prüften keine davon.

Die Aussage, es gäbe für das Hofgut und die Flächen um Winnerod keine Alternative zum Golfplatz, ist falsch. Es hat viele Bewerber und Ideen gegeben. Vor allem die Gemeinde selbst hat aber mit solchen Interessenten nie gesprochen und zudem nie die Initiative ergriffen, eine sanfte Nutzung herbeizuführen (Wohnprojekt, gemischtes Projekt mit Kleinbetrieben, Altenwohnsitz usw.). Auch Ortsbeirat und Kirchengemeinde unterließen es, hier kreativ tätig zu werden. Während bei den Verantwortlichen im Rathaus aufgrund der geschilderten Vorkommnisse davon auszugehen ist, daß diese klare Gründe für ihre einseitige Fixierung auf den Golfplatz hatten (Geld, Karriere, persönliche Vorteile ... was genau, ist unklar), müssen sich Ortsbeirat und Kirche vorwerfen lassen, phantasielos und ohne eigene Initiative die Jahre ausgesessen zu haben.

Seit Frühjahr 1993 aber gab es ein umfassendes Konzept, erarbeitet aus einer Runde von ca. 20 Personen, die eine vielfältige und sanfte Nutzung des Hofgutes vorgesehen hätte. Aus dieser Runde wurde versucht, die Gebäude notdürftig zu reparieren, um weitere Schäden abzuwenden. Diese Renovierung wurde von der Gemeinde verhindert. Es gab Kontakte zum damaligen Besitzer zwecks Kauf von Gebäude und Land. Es wurden Finanzierungsmodelle erarbeitet usw. Leider unterbrach die formale Gültigkeit des Golfplanes die Bemühungen, denn fortan hätte ein alternatives Projekt gegen die Aussagen des B-Planes gehandelt. Dennoch sollen hier die Ideen des Ökohofs dargestellt werden, wie sie

Seit einigen Monaten arbeitet die Initiative "Ökohof statt Golfplatz" in Winnerod. Inzwischen haben die AktivistInnen in Kleingruppen die einzelnen Bereiche genauer geplant und vorgestellt. Als ein buntes Mosaik der einzelnen Gruppen soll sich - wenn es denn wahr wird - der Ökohof in Winnerod präsentieren. Noch läuft das Gerangel um den Golfplatz - und die Verhinderung dieses Riesenprojektes spielt eine wichtige Rolle in der Arbeit der Ökohof-Initiative. Aber wenn die Golfplanung kippt, soll ein ansehnliches Konzept auf dem Tisch liegen. Allgemeine Informationen und den letzten Rundbrief gibt es in der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/5651.

gen wie Krankenhäuser, Schulen etc. Kontakt: Harald Röhl, Thomastr. 8, 35396 Gießen, 0641/34984.

Tagungshaus

Bildungsarbeit soll im Hofgut großgeschrieben werden. Für eigene Veranstaltungen und Anbieter "von außen" wird es Tagungs- und Schlafräume geben. Ein Speisesaal, ein Musikraum - alles, was dazu gehört, plant die Bildungsgruppe. Kontakt: Peter Buschka, Möllnerweg 29, 35039 Marburg, 06421/51397.

Kindergruppe, Freie Schule

Kinder soll es im Ökohof viele geben, und auch Kinder aus der Umgebung sollen von der Kindergarten- und Krabbelgruppe profitieren können. Die "Großen" sollen auf dem Ökohof projektorientiert, selbstbestimmt und in kleinen Gruppen lernen können, wenn die Freie Schule Wirklichkeit geworden ist. Kontakt: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/5651.

Kinderrechts-Zeitung

Die Zeitung von Kindern und Jugendlichen "Klack" plant ihren Einzug in Winnerod und soll von dort herausgegeben werden. Außerdem: Aktionen und Veranstaltungen zum Thema Kinderrechte. Kontakt: Christian Stange, Lindenpromenade 13b, 15344 Strausberg, 03341/472452.

Therapie-Zentrum

Eine Gruppe junger Therapeuten will im Ökohof vielfältige Veranstaltungen anbieten - von Musiktherapie bis Beratung und Selbsterfahrung. Kontakt: Thomas Voigt, Untergasse 12, 35037 Marburg, 06421/27929.

Vorsichtig angesprochen wurden bislang außerdem: eine Praxisgemeinschaft eines Arztes, Ernährungsberaters und eines Psychologen sowie eine Kneipe oder ein Cafe, Gemüse-Vertragsanbau, betreute Wohngruppe.

Landwirtschaft

Zwei Demeter-Landwirte sind entschlossen, in Winnerod einzusteigen. Beide würden zusätzlich ihre jetzigen Landflächen weiterbearbeiten und planen im und um den Ökohof vor allem Viehhaltung (Milch- und Fleischproduktion). Dazugehört soll gleich auch die Weiterverarbeitung, von der Fleischbereitung bis zum Käsen. Eventuell kommt auch noch eine Bäckerei hinzu. Kontakt: Erich Müller, Darmstädter Str. 1, 35305 Mücke, 06400/6011.

Hofladen

Auf dem Ökohof sollen auch direkt landwirtschaftliche Produkte und ein bißchen mehr verkauft werden. Und selbstverständlich werden die Erzeugnisse auch in die Umgebung verkauft auf existierenden und neu zu erschließenden Märkten. Kontakt: Klatschmohn Naturkost, Neustadt 21, 35390 Gießen, 0641/78718.

Vollwertküche

- als Partyservice, Frischkostlieferdienst und Tagungshausküche Winneröder Produkte und anderes aus kontr. biologischer Landwirtschaft soll hier zu leckeren Speisen verarbeitet werden. Abnehmer sind neben den ÖkohoflerInnen und Gästen private Feierer - vielleicht auch öffentliche Einrichtungen.

im Herbst 1993 im "Widerhaken" veröffentlicht wurden. Noch heute wären viele der damaligen Personen, insbesondere die Landwirte mit langjähriger Berufserfahrung, bereit, diese Ideen neu aufzugreifen.

Öko-Kritik: »Wir sind die bessere Alternative«

Projektwerkstatt Saasen will statt des geplanten Golfplatzes einen Öko-Hof in Winnerod einrichten – Kirche rückt kein Land heraus

Reiskirchen-Winnerod (ba). Bis zum 17. Juni dieses Jahres muß der Regierungspräsident in Gießen den Bauleitantrag für den Golfplatz in Reiskirchen-Winnerod ablehnen. Passiert dies nicht, wäre im wahren Sinne des Wortes »die Bahn frei«. Vor diesem Hintergrund hatten die Mitglieder der »Projektwerkstatt im Kreis Gießen« mit Sitz in Saasen zu einem Pressegespräch ins evangelische Pfarrhaus in Winnerod eingeladen.

Der geplante Golfplatz soll eine Größe von 107 Hektar mit 27 Löchern haben. Nach den hessischen Richtlinien für Planung, Genehmigung, Anlage und Betrieb von Golfplätzen muß bei Projekten, die die Größe von 100 Hektar und 18 Löchern überschreiten, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Dies ist in Winnerod nicht geschehen und sollte nach Meinung der Mitglieder der Projektwerkstatt in die Entscheidungsfindung des RP miteinfließen.

In einer von der Projektwerkstatt erstellten »Rechtsfehler-Analyse zum Bebauungsplan 7.1 Golfplatz Winnerod« beklagen sich die Ökologen darüberhinaus, daß die Planer in ihren Stellungnahmen nicht auf die grundsätzlichen Bedenken der Winneroder Bürger bzw. der evangelischen Kirchengemeinde, eingegangen seien. Die Gemeinde besitzt sieben Hektar Grünland, auf denen nach dem Willen der Planer später einmal Golf gespielt werden soll. In diesem Zusammenhang teilte Pfarrer Jürgen Fuge mit, der Kirchenvorstand habe beschlossen, kein Land zum Zwecke der Errichtung eines Golfplatzes zu verkaufen.

Weitere Richtlinien habe man in die Planung nicht eingebracht. So sollten keine Golfplätze ent-

stehen, wo es sich um »Gebiete mit einem hohen Anteil an ökologisch und landschaftlich wertvollen oder gering belasteten Flächen« handelt. Auch »kulturbeschichtlich besonders bedeutsame Gebiete« sollen geschont werden. Nach Auffassung der Projektwerkstatt stellt Winnerod mit seinem reichen Quellvorkommen, den Bachläufen, Hecken, Feucht- und Magerwiesen eine besondere ökologische Vielfalt dar. Zudem dürften der Hof und die von ihm früher ausgehenden Wirtschaftsaktivitäten als Kulturdenkmal zu werten sein. Außerdem gäbe es Überschneidungen mit einem Wasserschutzgebiet, so die Ökologen.

Eine ökologische Fehler-Analyse, die die Umweltgruppe »Gießener Schlammpringer« erstellt hat, bemängelt fehlende Untersuchungsparameter wie die Aufstellung vorhandener Artengruppen oder geökologische Untersuchungen. Auch eine Bewertung der Flora nach »Rote-Liste-Pflanzen« sei nicht beigebracht worden.

Eine Alternative zur Erhaltung des Hofgutes Winnerod sieht die Projektwerkstatt in der Einrichtung eines Öko-Hofs. Vielfalt soll dort das Ziel sein. Einzelne Teile wie die Landwirtschaft, die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte,

Sie legen nicht nur ihre ökologischen und sozialen Bedenken gegen den Golfplatz offen, sondern stellten auch ein alternatives Nutzungskonzept für das Hofgut in Winnerod vor. Nach den Vorstellungen der Projektwerkstatt könnte eben dort ein Ökohof mit ökologischem Landbau, sozialen Einrichtungen und einer Direktverarbeitung und -vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte entstehen.

Handwerksbetriebe aber auch Tagungsräume und Dienstleistungen sollen Hand in Hand gehen und einander ergänzen und fördern. Wichtigste Grundlage soll dabei die Landwirtschaft sein. Denkbar wäre der Gemüse-, Tee- und Kräuteranbau, der auf geringen Flächen viele Menschen im Anbau und der Weiterverarbeitung beschäftigen kann. Hinzu kommen Schaf- und Rindviehhaltung sowie Milchvieh. Eng verbunden damit soll die Weiterverarbeitung sein. Da sind Komponenten wie Kaserei, Teetrocknung, Wollbehandlung, Fleischverarbeitung, Verkaufsmobil oder Marktstände genauso zu nennen, wie die Essenslieferung an Krankenhäuser oder Kantinen.

Soziale und therapeutische Einrichtungen könnten einen zweiten Bereich bilden, ein dritter könnten die Handwerksbetriebe wie Schreinereien, Schlossereien oder Glasereien sein. Ins Hofleben sollen Tagungsräume und Gastronomie integriert werden. Wohnungen sollen einen Großteil der Menschen aufnehmen, die in den Betrieben arbeiten.

Nachdem Jörg Bergstedt das Projekt vorgestellt hatte, meinte er mit dem Brustton der Überzeugung: »Wir sind die bessere Alternative.«

Gießener Allgemeine, 8.6.93

Aktionsgruppen in Reiskirchen - Möglichkeiten zum Mitmachen

BürgerInnen- und Aktionsgruppen in Reiskirchen ...

»Aktion direkt - für eine direkte Demokratie«

► Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/903283

AG »Ökohof statt Golfplatz«

► Familie

35447 Reiskirchen-Bersrod, Tel.

► Familie

35447 Reiskirchen-Ettingshausen, Tel. ...

► Familie

35447 Reiskirchen-Ett., Tel. C...

► Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/5651

»Blick auf Reiskirchen« (unabhängige Monatszeitung)

► ... 35447 Reiskirchen, Tel. C...

Saasener Dorfbote« (unabhängige, 14-tägige Zeitung)

► Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/903283

... laden ein zum Mitmachen!

Jede Woche:

- Mo 14-18 Uhr: Umweltberatung

Tel. 06401/5651

Saasen, Ludwigstr. 11

- Mo ab 18 Uhr: Redaktionssitzung des »Widerhaken«

Tel. 0641/74714

Gießen, Ebelstr. 25

- Mi 16-18 Uhr: Projektplenum

Tel. 06401/903283

Saasen, Ludwigstr. 11

P.S. Tip für alle, die sich nicht "verarschen" lassen wollen: der WIDERHAKEN - kreisweite Zeitung ohne Zensur. Alle 2 Monate im Zeitschriftenhandel, ausgewählten Geschäften für 1,- DM und per Abo für 10,- DM/Jahr. In unregelmäßigen Abständen enthält der "Widerhaken" eine Liste der aktiven Gruppen in und um Gießen.

